©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

WOLFGANG DIERKER

„ICH WILL KEINE NULLEN, SONDERN BULLEN"

Hitlers Koalitionsverhandlungen mit der Bayerischen Volkspartei im März 1933

I.

Die Tage um den 9. März 1933 gehören zu den aufregendsten in der neueren bayerischen Geschichte. Die erzwungene Einsetzung des Reichskommissars Franz Ritter von Epp durch die nationalsozialistische Reichsregierung und die Bestellung von NSDAP-Kommissaren für die Landesministerien hatten weitreichende Folgen für Bayern und ganz Deutschland, weil damit das nach Preußen bedeutendste föderale Gegengewicht betroffen war[1]. Allerdings: Am 9. März 1933 war die künftige politische Entwicklung in Bayern noch nicht endgültig entschieden. In den folgenden, von hektischen Beratungen erfüllten Tagen war zunächst offen, in welcher Form die nationalsozialistische Machtübernahme im Freistaat erfolgen würde. Zu den interessantesten Begebenheiten dieser Zeit gehören die vertraulich geführten Verhandlungen zwischen NSDAP und Bayerischer Volkspartei (BVP) über die Bildung einer gemeinsamen Regierung.

Seit langem ist bekannt, daß es wenige Tage nach der Einsetzung Epps zu Unterredungen zwischen Vertretern der NSDAP und der BVP gekommen ist[2]. Während seines Aufenthalts in München vom 12. bis 14. März 1933 traf Hitler mehrmals mit dem BVP-Reichstagsabgeordneten Hans Ritter von Lex zusammen, der auch den Wehrverband der bayerischen Partei, die Bayernwacht, führte. Von diesen Gesprä-

[1] Zur NS-Machtübernahme in Bayern vgl. Ludwig Volk, Bayern im NS-Staat 1933 bis 1945, in: Max Spindler (Hrsg.), Handbuch der bayerischen Geschichte. Vierter Band: Das neue Bayern 1800–1970, erster Teilband, München 1974, S. 518–537; Falk Wiesemann, Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/1933, Berlin 1975; Wolfgang Zorn, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986, S. 341–379; Ortwin Domröse, Der NS-Staat in Bayern von der Machtergreifung bis zum Röhm-Putsch, München 1974, S. 62–89. Zu Epp vgl. Katja-Maria Wächter, Die Macht der Ohnmacht. Leben und Politik des Franz Xaver Ritter von Epp (1868–1946), Frankfurt a. M. 1999. – Für wertvolle Anregungen und Unterstützung danke ich Dr. Ralf Gebel, Berlin, Prof. Dr. Klaus Hildebrand, Bonn, Dr. Martin Schumacher, Bonn, Dr. Joachim Wintzer, Bonn.

[2] Vgl. Wiesemann, Vorgeschichte, S. 282; Klaus Schönhoven, Der politische Katholizismus in Bayern unter der NS-Herrschaft 1933–1945, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. V, hrsg. v. Martin Broszat und Hartmut Mehringer, München/Wien 1983, S. 550; Otto Altendorfer, Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei 1888–1945, 2 Bde., München 1993, hier Bd. 2, S. 762.

VfZ 50 (2002)
® Oldenbourg 2002

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen, vage auch von einigen Details, wußten bereits gut informierte Zeitgenossen[3]. Über den genauen Zeitpunkt, über Hintergründe und Teilnehmer, vor allem jedoch über Inhalt und Ergebnis der Gespräche ist aber bis heute fast nichts bekannt. Ein Aktenfund im Bestand des SD-Hauptamtes, der Reichszentrale des Sicherheitsdienstes der SS in den Jahren 1935 bis 1939, erlaubt es nun, Licht in dieses Dunkel zu bringen. In den heute im Bundesarchiv, bis 1989 aber unzugänglich im „NS-Archiv" der DDR-Staatssicherheit aufbewahrten Akten der Abteilung II 113, die für die Beobachtung und Unterdrückung der Kirchen und „Sekten" zuständig war[4], finden sich zwei bisher unbekannte Gesprächsaufzeichnungen. Sie geben Aufschluß über die genauen Umstände der Verhandlungen und erlauben es zugleich, das Urteil der Geschichtswissenschaft über Beweggründe und Zielsetzungen der Akteure zu überprüfen. Die beiden Dokumente gehen auf Gedächtnisaufzeichnungen Ritters von Lex zurück und sind überschrieben: „Erörterungen zur Regierungsbildung in Bayern. Kommt eine Koalition zwischen Nationalsozialisten und B. V. P.? 3 Gespräche mit Adolf Hitler am 13. u. 14. März 1933".

II.

Hans Lex[5] wurde am 27. Oktober 1893 in Rosenheim geboren, studierte ab 1912 Jura in München und trat 1914 als Freiwilliger in das Infanterie-Leib-Regiment ein. Nach Einsätzen an der Westfront wurde der Oberleutnant und Kompanieführer Lex 1916 in den Militär-Max-Joseph-Orden aufgenommen, eine Auszeichnung, die mit der Erhebung in den persönlichen Adelsstand verbunden war. Nach Kriegsende beteiligte er sich an der Niederschlagung der Münchner Räterepublik und verlor 1919 bei Schießübungen der Einwohnerwehr ein Bein. Nach Abschluß des Jurastudiums und der Zweiten Staatsprüfung trat er 1921 in den bayerischen Staatsdienst ein und war von 1923 bis 1927 als Bezirksamtmann (Landrat) in Rosenheim, danach bis 1932 als Regierungsrat im bayerischen Kultusministerium tätig. Seit 1919 Mitglied der Bayerischen Volkspartei, gehörte er 1932/33 kurzzeitig ihrer Reichstags-

[3] Vgl. Berichte des Münchner Domdekans Anton Scharnagl an Kardinal Michael von Faulhaber in Rom vom 13. und 16 März 1933, in: Ludwig Volk (Bearb.), Akten Kardinal Michael von Faulhabers 1917–1945, Bd. I: 1917–1934, Mainz 1975, S. 664–669. Vgl. auch die Berichte der Münchener Zeitung vom 19. 3. 1933, des österreichischen Generalkonsulats vom 13. 3. 1933 und des französischen Vatikangesandten vom 18. 3. 1933, in: Altendorfer, Schäffer, S. 762, Anm. 690 und 693.

[4] Zum Aktenbestand, zur Überlieferungsgeschichte und zur kirchenpolitischen Abteilung des SD-Hauptamtes vgl. Wolfgang Dierker, Himmlers Glaubenskrieger. Der Sicherheitsdienst der SS und seine Religionspolitik 1933–1941, Paderborn 2001.

[5] Zur Person vgl. Franz J. Bauer, Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950, Stuttgart 1982, S. 127f., Anm. 135; Karl-Ulrich Gelberg, Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946–1954, Düsseldorf 1992, S. 292f.; Martin Schumacher (Hrsg.), M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation, Düsseldorf [3]1994, S. 911; Anton Schlögel, Geist und Gestalt des Roten Kreuzes, Bonn 1989, S. 257–259.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fraktion an und begründete am 23. März 1933 die Zustimmung der BVP zum Ermächtigungsgesetz. Zugleich war er von 1931 bis 1933 Landesführer der Bayernwacht, die nach der Wiederzulassung der SS im Juni 1932 aus einzelnen schon bestehenden Gruppen landesweit ausgebaut wurde. Ende 1932 gehörten der Bayernwacht und ihrer Schwesterorganisation im linksrheinischen Bayern, der „Pfalzwacht", etwa 30000 Mitglieder an[6]. Im Juni 1933 wurde Lex, ebenso wie der BVP-Vorsitzende Fritz Schäffer[7], anläßlich einer Polizeiaktion gegen die BVP vorübergehend in Schutzhaft genommen und im Gefängnis Stadelheim inhaftiert[8].

Da Lex nach seiner Entlassung unter Polizeiaufsicht stand und in München keine beruflichen Aussichten hatte, wechselte er im Herbst 1933 ins Reichsinnenministerium nach Berlin. Hier war er als Oberregierungsrat zunächst für Sportverwaltungsfragen, darunter die Vorbereitung der XI. Olympischen Spiele, seit Kriegsbeginn für den zivilen Bevölkerungsschutz zuständig. Da er nicht der NSDAP angehörte, wurde Lex nicht weiter befördert. Nach Kriegsende zunächst als bayerischer Innenminister vorgesehen, wurde er zum 1. Juli 1946 als Ministerialrat ins bayerische Innenministerium berufen und stieg in den nächsten zwei Jahren bis zum Ministerialdirektor auf. Auf Betreiben Fritz Schäffers übernahm Lex am 17. Oktober 1949 den Posten eines Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, wo er bis zu seiner Pensionierung im Oktober 1960 für öffentliche Sicherheit, Verfassung und Staatsrecht zuständig war und am Aufbau des Bundesgrenzschutzes sowie des zivilen Luftschutzes maßgeblichen Anteil hatte. Lex wurde 1955 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband, 1961 mit der Ehrenritterwürde des Ordens des Britischen Empire ausgezeichnet. Von Mai 1961 bis zum Juli 1967 amtierte er als Präsident des Deutschen Roten Kreuzes. Am 26. Februar 1970 starb Lex in München.

III.

Bei dem ersten der beiden hier abgedruckten Dokumente handelt es sich um eine zusammenfassende Niederschrift über die drei Gespräche, einschließlich einer Vorbemerkung, die den unmittelbaren Hintergrund skizziert und umfangreiche handschriftliche Streichungen, Korrekturen und Ergänzungen enthält. Sie beruht, wie es hier heißt, „auf unmittelbaren Mitteilungen des Herrn von Lex am Mittwoch, den 15. März nachmittags an Hand seiner nachträglich gemachten Notizen". Ausdrück-

[6] Vgl. Altendorfer, Schäffer, S. 527–531; Wiesemann, Vorgeschichte, S. 200.

[7] Dr. Fritz Schäffer (1888–1967), 1929–1933 Vorsitzender der BVP, 1920–1933 MdL (BVP), 1931 Staatsrat und Leiter des Bayer. Staatsministeriums der Finanzen, 1933 kurzzeitig inhaftiert, 1945 Mitbegründer der CSU, Ministerpräsident und Minister für Finanzen des Freistaates Bayern, im September 1945 durch die amerikanische Militärregierung entlassen, 1948 Parteiaustritt, 1949 erneut CSU, 1949–1957 Bundesminister der Finanzen, 1957–1961 Bundesminister der Justiz.

[8] Lebenslauf von Lex sowie „Begutachtung" von Dr. Hans Bornkessel, Oberbürgermeister von Fürth, 6. 3. 1947, in: Bundesarchiv Koblenz, NL 147 (Hans Ritter von Lex), Bd. 16.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lich wird darauf hingewiesen, daß die Erinnerungen von Lex' nicht vollständig und die Gespräche nicht dem Wortlaut, sondern dem Sinn nach wiedergegeben sind. Während das erste Dokument wohl als rasch diktierte, zeitnahe Aufzeichnung über die Gespräche anzusehen ist, wurde das zweite Dokument weitaus sorgfältiger redigiert und ist zeitlich später anzusetzen. Es besteht aus drei Verlaufsprotokollen mit eingeschobenen, durch Anführungszeichen kenntlich gemachten wörtlichen Äußerungen Hitlers und Ritters von Lex. Am Ende findet sich die „Feststellung", die Niederschriften seien am 18. und 19. März 1933 aus der Erinnerung gefertigt, weshalb wiederum keine wortgetreue Wiedergabe gewährleistet sei. Das Dokument ist datiert auf den 19. März 1933 und schließt mit einer auf den „Landesführer der Bayernwacht" ausgezeichneten Unterschriftszeile; ein handschriftliches Autograph fehlt.

Vermutlich hatte Lex am Tage nach den Gesprächen mit Hitler eine erste Aufzeichnung diktiert (Dokument 1) und auf dieser Grundlage einige Tage später einen Bericht ausgearbeitet (Dokument 2), der für eine sehr begrenzte Zahl von Empfängern gedacht war. Jeweils ein Exemplar beider Dokumente wurde dann von der Bayerischen Politischen Polizei bei Lex persönlich oder in der Registratur der Bayernwacht gefunden. Sowohl die handschriftlichen Ergänzungen, die die Legitimität des Verhandlungsauftrages von Lex herausstreichen sollten, als auch die äußere Gestalt der Dokumente[9] erlauben keinen vernünftigen Zweifel, daß es sich um von ihm selbst diktierte und korrigierte Aufzeichnungen handelt[10]. Ein Handschriftenvergleich mit den von Lex überlieferten Aufzeichnungen aus seiner Zeit als Präsident des Deutschen Roten Kreuzes im Nachlaß im Bundesarchiv Koblenz bestätigt dies, soweit Vergleichsmaterial aus den sechziger Jahren das gewährleisten kann. Zudem war es nicht ungewöhnlich, derartige Protokollnotizen aufzuzeichnen, wie der Umstand zeigt, daß auch Schäffer solche Niederschriften über seine Gespräche mit Nationalsozialisten anfertigen ließ[11].

Nur unzureichend läßt sich die Frage beantworten, wie diese Dokumente in die Akten der kirchenpolitischen Abteilung des SD-Hauptamtes gekommen sind. Im selben Bestand ist allerdings ein „Vorläufiger Bericht der Bayerischen Politischen Polizei über die am 21. & 22. 6. 1933 vorgenommenen Durchsuchungen bei den Funktionären der Bayerischen Volkspartei"[12] überliefert, der zwar nicht von den hier edierten, wohl aber von anderen Dokumenten spricht, die „in den Räumen der ehem. Bayernwacht vorgefunden wurden"[13]. Zu diesen Dokumenten gehört auch ein Briefwechsel zwischen Ritter von Lex und dem Diplomingenieur Rolf Amman vom

---

[9] Das Dokument weicht in Format und Beschaffenheit des Papiers, in der Schreibmaschinentype und in formalen Eigenschaften (z.B. Unterstreichungen, Hervorhebungen) von allen Textformen ab, die von Dienststellen des SD hervorgebracht wurden.

[10] Für die Bestätigung dieser Ansicht danke ich Dr. Heinz Boberach, Bundesarchiv Koblenz (Schreiben vom 27. 12. 2000).

[11] Vgl. Altendorfer, Schäffer, S. 671.

[12] Datum: 23. 6. 1933, in: Bundesarchiv Berlin (künftig: BAB)/Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten (künftig: ZDH), ZB I/993, Bl. 757–759; der Band enthält zahlreiche Vernehmungsberichte und Abschriften der Korrespondenz führender BVP-Politiker.

[13] Ebenda, Bl. 759.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

21. März bis 30. April 1933 über die geplante Gründung eines „Bundes Deutscher Katholischer Frontkämpfer", der von der Bayerischen Politischen Polizei beschlagnahmt und abschriftlich zu den Akten gegeben wurde[14]. Läßt sich die Zuordnung der edierten Dokumente zu der Überlieferung der SD-Kirchenabteilung von der Sache her plausibel begründen, so wirft die weitere Überlieferungsgeschichte des Bestandes in sowjetischen und ostdeutschen Archiven zusätzliche Fragen auf. Wenngleich das von der Staatssicherheit im NS-Archiv gesammelte Material mehrfach zu Kampagnen gegen westdeutsche Politiker eingesetzt wurde[15] und Lex im Frühjahr 1958 tatsächlich ins Fadenkreuz der DDR-Kampagnenpolitik geriet, als er vom Präsidium des Nationalrats fälschlich als „Hitlerscher Staatssekretär Ritter von Lex" bezeichnet wurde[16], läßt sich ein weitergehendes Interesse der DDR-Propagandisten an seiner Person nicht feststellen[17].

IV.

Seit den bayerischen Landtagswahlen vom 24. April 1932, die keiner Partei die Mehrheit brachten[18], hatte die BVP-Führung unter Fritz Schäffer mehrfach mit Vertretern der NSDAP über Möglichkeiten einer Regierungskoalition verhandelt[19]. Da diese Unterredungen jedoch ebenso erfolglos waren wie die Gespräche mit anderen Parteien, blieb es bei der geschäftsführenden BVP-Minderheitsregierung von Ministerpräsident Heinrich Held[20]. Nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung" in Berlin trat die bayerische NSDAP erneut an die BVP heran, um eine Koalitionsregierung zu bilden. Während Held dabei von vornherein unbeteiligt blieb, verhielt

[14] Ebenda, Bl. 776–781.

[15] Vgl. Michael Lemke, Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnenpolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960–1968, in: Jürgen Danyel (Hrsg.), Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 61–86.

[16] Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe, Bd. 4 (1. Januar bis 9. November 1958), 2. Drittelband, bearb. v. Ernst Deuerlein und Gisela Biener, Frankfurt a. M., 1969, S. 1120. Erklärung des Präsidiums des Nationalrats vom 14. 5. 1958.

[17] Auch im Braunbuch Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft, hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland, Berlin (Ost) ²1965, findet sich kein Eintrag zu Lex.

[18] 45 Sitze für die BVP, 43 für die NSDAP, 20 für die SPD, 9 für den Bauernbund, 8 für die KPD und 3 für die DNVP. Eine Mehrheitsregierung konnte mit Aussicht auf Erfolg nur durch eine Koalition von NSDAP und BVP oder von BVP und SPD einschließlich des Bauernbundes gebildet werden.

[19] Vgl. Altendorfer, Schäffer, S. 517–527; Wiesemann, Vorgeschichte, S. 244 f.; Schönhoven, Katholizismus, S. 550; Robert Probst, Die NSDAP im Bayerischen Landtag 1924–1933, Frankfurt a. M. 1998, S. 83 und 191 f.; Christiane Reuter, „Graue Eminenz der bayerischen Politik". Eine politische Biographie Anton Pfeiffers (1888–1957), München 1987, S. 55–60; Aufzeichnung „Monarchistische Bestrebungen", undatiert, ohne Autor, in: Archiv für Christlich-Soziale Politik (künftig: ACSP) München, NL Müller, „Held – Presse – Ermächtigungsgesetz".

[20] Dr. Heinrich Held (1868–1938), Chefredakteur des Regensburger Anzeigers, 1907–1933 MdL (Zentrum/BVP), 1914–1924 Fraktionsvorsitzender, 1924–1933 bayerischer Ministerpräsident.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich Schäffer ambivalent. In seinen Wahlreden wies er kämpferisch jedes Ansinnen zurück, einen nationalsozialistischen Reichskommissar nach Bayern zu entsenden. Zugleich blieb er aber sowohl der SPD wie der NSDAP gegenüber gesprächsbereit und erklärte seinen Willen, „mit den Nationalsozialisten zu regieren, wenn sie nur dem Vaterlande und dem Staat dienen wollen", nicht aber, wenn sie die Regierung Parteizwecken dienstbar machen wollten[21].

Daneben wurden erneut Pläne für die monarchische Restauration geschmiedet, um die politische Krise zu überwinden und den Siegeszug Hitlers in Bayern aufzuhalten[22]. Nach dem 30. Januar 1933 warb Schäffer dafür, das Amt des bayerischen Staatspräsidenten einzuführen, das als Vorstufe zur Wiedereinführung der Monarchie dienen sollte. Gleichzeitg beteiligte er sich an Bestrebungen, den Wittelsbacher Kronprinzen Rupprecht zum Generalstaatskommissar zu ernennen. Diese Pläne fanden auch die Unterstützung Ritters von Lex, der am 4. Februar 1933 verkündete, daß Bayern „weder einen preußischen Prinzendiktator noch einen braunen Parteivogt" brauche, sondern sich seinen Retter „aus eigenem tausendjährigen Geschlecht" nehmen werde[23]. In Berlin nahmen Hindenburg und Papen jedoch eine ablehnende Haltung gegenüber einer Restauration der Wittelsbacher ein. Das bayerische Kabinett stimmte seinerseits dem Generalstaatskommissar-Plan nicht zu, und Ministerpräsident Held stellte Bedingungen, die Rupprecht ablehnte, ohne selbst seine Konditionen zu nennen. So fanden die Restaurationspläne in Bayern wie auch im Reich zu keinem Zeitpunkt genügenden Rückhalt[24]. Unabhängig davon, wie realistisch die Chance jemals gewesen war, die bayerische Monarchie wiederherzustellen, schüchterte sie die junge nationalsozialistische Regierung jedoch gehörig ein: Als „Alarmstichwort"[25] kam die Möglichkeit der Restauration in der Kabinettssitzung am 28. Februar 1933 zur Sprache und diente als wichtiger Vorwand für das spätere Eingreifen in Bayern.

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 5. März 1933 krempelten das politische Kräfteverhältnis in Bayern um. Mit 43,1 Prozent der Stimmen wurde die NSDAP zur weitaus stärksten Partei, die Minderheitsregierung der BVP stand nun vollends auf tönernen Füßen[26]. Für die Nationalsozialisten erhob sich die Frage des weiteren Vorgehens: Sollte eine Minderheitsregierung gebildet, die Macht gar gewaltsam über-

[21] Zit. nach Altendorfer, Schäffer, S. 726.

[22] Vgl. dazu Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954, S. 514–525; Karl Otmar Freiherr von Aretin, Die bayerische Regierung und die Politik der bayerischen Monarchisten in der Krise der Weimarer Republik 1930–1933, in: Ders., Nation, Staat und Demokratie in Deutschland. Ausgewählte Beiträge zur Zeitgeschichte, Mainz 1993, S. 65–93; Christina M. Förster, Der Harnier-Kreis. Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Bayern, Paderborn 1996, S. 94–122.

[23] Zit. nach Altendorfer, Schäffer, S. 746.

[24] Vgl. ebenda, S. 732–747; Aretin, Bayerische Regierung, S. 82–92; Zorn, Bayerns Geschichte, S. 350 f.

[25] Ebenda, S. 354.

[26] Die Fraktionsstärke im bayerischen Landtag betrug für die NSDAP 48 Sitze, BVP 30 Sitze, SPD 17 Sitze, DNVP 5 Sitze, Bauernbund 3 Sitze. Die 7 gewählten Abgeordneten der KPD wurden daran gehindert, ihr Mandat auszuüben.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nommen werden, oder war es klüger, eine parlamentarische Mehrheit zu suchen? Die Optionen der NSDAP bewegten sich in den nächsten Tagen zwischen Umsturz und Koalitionsregierung; eine „taktische Zweigleisigkeit"[27] war das Ergebnis. Wortführer der Koalitionslösung war der NSDAP-Fraktionsvorsitzende im bayerischen Landtag, Rudolf Buttmann, der mit Lex sehr gut bekannt war[28]. Seit langem hatte Buttmann Fühler zur BVP-Führung ausgestreckt, um eine Einbeziehung der NSDAP in die bayerische Regierung zu erreichen. Nach dem 30. Januar 1933 setzte er sich verstärkt für eine Koalitionsregierung in Bayern ein, deren Ministerpräsident er selbst werden wollte, während Lex als Kultusminister vorgesehen war[29]. Doch Buttmann hatte innerparteiliche Gegner, die jede „parlamentarische" Lösung ablehnten und für die Übernahme der alleinigen Regierungsgewalt eintraten. Ihre Anführer waren SA-Stabschef Ernst Röhm sowie Adolf Wagner und Hans Schemm, die Gauleiter Oberbayerns und der Bayerischen Ostmark. Sie verlangten den sofortigen Rücktritt der amtierenden Landesregierung und eine „revolutionäre" Machtübernahme[30].

In dieser Situation brach in der Führungsgruppe der BVP ein seit langem schwelender, machtpolitisch und generationell bedingter Konflikt aus. Auf der einen Seite standen die älteren Parteiführer um Heinrich Held, Johann Leicht[31] und Georg Wohlmuth[32], „deren politische Normen sich in der christlichen Tradition des Reichszentrums und unter der konstitutionellen Verfassungsordnung der Wittelsbacher Monarchie geformt hatten"[33]. Sie standen einer Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten mit großer Reserve gegenüber. Auf der anderen Seite scharte sich um Schäffer, Lex und Anton Pfeiffer[34] die jüngere Generation der Weltkriegsteilnehmer, „die trotz ihrer föderalistischen Überzeugungen auch für nationalistische Töne nicht unempfindlich war und – als Generation der 40jährigen – ihre politische Karriere noch vor sich hatte"[35]. Diese Gruppe setzte alles daran, das Fortbestehen ihrer Partei zu sichern, und war auch bereit, sich dazu mit der NSDAP zu verbinden. Unterstützt wurden diese jüngeren Parteiführer durch die im Wirtschaftsbeirat der BVP vertretenen Unternehmer, deren Einflußnahme jedoch erst ab dem 16. März 1933

---

[27] Domröse, NS-Staat, S 63.

[28] Dr. Rudolf Buttmann (1885–1947), 1924–1933 bayerischer Landtagsabgeordneter (NSDAP), 1933 Reichstagsabgeordneter (NSDAP), 1933–1935 Leiter der kulturpolitischen Abteilung im Reichsinnenministerium, 1935–1945 Direktor der Bayerischen Staatsbibliothek in München. Zur Person vgl. Probst, NSDAP, S. 76–87.

[29] Vgl. Altendorfer, Schäffer, S. 724; Probst, NSDAP, S. 83.

[30] Ebenda.

[31] Johann Leicht (1868–1940), Dompropst, Prälat, 1913–1933 MdR (Zentrum/BVP), 1920–1933 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der BVP.

[32] Prof. Dr. Georg Wohlmuth (1865–1952), Dompropst, Prälat, 1912–1933 MdL (Zentrum/BVP), 1924–1933 Vorsitzender der Landtagsfraktion der BVP.

[33] Schönhoven, Katholizismus, S. 549.

[34] Dr. Anton Pfeiffer (1888–1957), Studienrat, 1918–1933 Generalsekretär der BVP, 1928–1932 MdL (BVP).

[35] Schönhoven, Katholizismus, S. 549.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

belegbar ist, als die entscheidenden Verhandlungen bereits erfolgt waren und eine Regierungsbeteiligung kaum noch Chancen auf Verwirklichung hatte[36].

Am 7. März bat der bayerische Ministerrat den Landtagspräsidenten, die Verhandlungen über die Neubildung einer Staatsregierung zu beschleunigen. Am selben Tag entschied eine Mehrheit der Landesparteileitung der BVP, Verhandlungen mit den Nationalsozialisten aufzunehmen. Die NSDAP griff die Initiative der Staatsregierung auf und benannte Rudolf Buttmann als ihren Unterhändler, während die BVP-Landtagsfraktion ihrerseits am 8. März Schäffer, Wohlmuth, Alois Hundhammer[37] und Anton Scharnagl[38] mit den Verhandlungen betraute. Schon zuvor hatten Lex und Buttmann ihre Gespräche intensiviert und waren am 6. März zu dem vorläufigen Ergebnis gekommen, eine 2-zu-3-Teilung der Ministerien vorzunehmen. Buttmann begab sich tags darauf nach Berlin und holte Hitlers Einverständnis mit dieser Regelung ein, wie er Lex von dort aus mitteilen ließ[39]. Bis zum 12. März war Buttmann dann als Wahlkampfredner seiner Partei in Preußen eingesetzt und nahm an den folgenden Koalitionsverhandlungen nicht persönlich teil.

In der Zwischenzeit entschied die NSDAP-Führung in Berlin, die politische Machtübernahme in München voranzutreiben. Am 8. März abends besprachen Hitler, Goebbels, Röhm und Wagner, „daß nunmehr Bayern an die Reihe kommen soll", wie Goebbels in sein Tagebuch notierte[40]. Röhm und Wagner reisten noch in der Nacht nach München und begaben sich, gemeinsam mit dem Reichsführer SS Heinrich Himmler, am folgenden Vormittag zu Ministerpräsident Held. Die Abgesandten der NSDAP, allesamt Vertreter der „revolutionären" Lösung, forderten Held auf, den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Franz Ritter von Epp zum Generalstaatskommissar zu ernennen, andernfalls werde dieser nach Ablauf von drei Tagen von der Reichsregierung eingesetzt werden. Held telegraphierte daraufhin Hitler und Hindenburg und unterbreitete das Angebot, eine Koalitionsregierung unter einem NS-Ministerpräsidenten zu bilden, wenn dadurch die befürchtete gewaltsame Aktion der SA abgewendet würde[41]. Im Laufe des Tages wandte sich Reichsinnenminister Wilhelm Frick an den bayerischen Gesandten Franz Sperr und forderte eine baldige Regierungsbildung in Bayern, bei der den Nationalsozialisten „mindestens drei Ministerien", nämlich Außen-, Innen- und Finanzressort, sowie „die Initiative der Führung" zukommen sollte[42]. Die amtierende Landesregierung lehnte die bloße Machtübergabe jedoch weiterhin ab. Statt dessen bot sie der Reichsregierung nun an, sofort den Landtag einzuberufen und einen neuen Regierungschef

[36] Vgl. ebenda, S. 549 f.; Altendorfer, Schäffer, S. 761.

[37] Dr. Alois Hundhammer (1900–1974), stellv. Generalsekretär des Bayerischen Christlichen Bauernvereins, 1932 MdL (BVP).

[38] Dr. Anton Scharnagl (1877–1955), Domdekan, später Weihbischof, 1920–1933 MdL (BVP).

[39] ACSP München, NL Müller, Aufzeichnung „Monarchistische Bestrebungen", S. 3.

[40] Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv, Teil I: Aufzeichnungen 1924–1941, Bd. 2: 1. 1. 1931–31. 12. 1936, München 1987, Eintragung vom 8. 3. 1933, S. 389.

[41] Vgl. Zorn, Bayerns Geschichte, S. 358.

[42] Altendorfer, Schäffer, S. 729.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu wählen, der nach Lage der Dinge nur ein Nationalsozialist sein konnte. Darauf ließen sich jedoch weder die Berliner Führung noch die Nationalsozialisten vor Ort ein. Dem radikalen Parteiflügel zur Macht verhelfend, übertrug Frick am Abend des 9. März Epp die vollziehende Gewalt in Bayern, der seinerseits Wagner mit den Polizeibefugnissen und Himmler mit der Leitung der Polizeidirektion München betraute.

Die daraufhin eingeleiteten Gewaltmaßnahmen der nationalsozialistischen Revolutionstruppen – Innenminister Stützel[43], Schäffer und weitere BVP-Politiker wurden am 10. März verhaftet, Stützel gar mißhandelt – schüchterten die Parteiführung der BVP und die Anhängerschaft ein. Die Bayernwacht unter Ritter von Lex, deren Einheiten in München und anderen Städten man immerhin rechtzeitig alarmiert hatte, war auf einen bewaffneten Kampf um die Macht im Freistaat nicht vorbereitet und hatte auch in ihrer Führung keine Befürworter einer entschiedenen Gegenwehr[44]. Während sich der rasch wieder aus der Haft entlassene Schäffer in den folgenden Tagen spürbar zurückhielt, wurde Lex dank seiner Verbindung zu Buttmann zum entscheidenden Verhandlungsführer der BVP. Der Führer der Bayernwacht stand vor den Gesprächen mit Hitler bereits mit dem Rücken zur Wand: Am 11. März waren in mehreren Bezirksämtern Bayerns die Gauführer der Bayernwacht vorübergehend verhaftet worden, was die Führung der Partei und des Wehrverbandes unter erheblichen Druck setzte[45]. Zugleich zeigte sich die Landesleitung zum Einschwenken auf die Linie der NSDAP bereit. Am 13. März ließ Lex erklären, die Bayernwacht stehe „auf dem Standpunkt strengster Loyalität" gegenüber dem Reichskommissar und sei zur „Niederkämpfung der antinationalen, volkszerstörerischen Elemente [...] auf dem Boden der Gleichberechtigung und unter Beachtung des christlichen Sittengesetzes" bereit[46].

V.

Hitler flog am 12. März 1933 nach München, wo er auf dem Flugplatz Oberwiesenfeld die Huldigung der Parteiformationen entgegennahm und dann zu einer Triumphfahrt durch die Stadt aufbrach. An der Feldherrnhalle, dem Ort des blutig gescheiterten Putschversuchs von 1923, legte er einen Lorbeerkranz mit der Aufschrift „Und ihr habt doch gesiegt!" nieder[47]. Anschließend besprach er sich mit führenden Nationalsozialisten über die Bildung der vorläufigen Landesregierung; ein wichtiger Zweck seines Besuchs war es, Streitigkeiten in der bayerischen NSDAP zu schlichten und den Weg zur politischen Machtübernahme zu weisen, auch wenn die

[43] Dr. Karl Stützel (1872–1935), bayer. Staatsminister des Innern 1924–1933.
[44] Vgl. Altendorfer, Schäffer, S. 750.
[45] Vgl. Schönhoven, Katholizismus, S. 547.
[46] Karl Schwend, Die Bayerische Volkspartei, in: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente (1960), Düsseldorf 1979, S. 490 f.
[47] Vgl. Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. I, München 1965, S. 222.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

endgültige Entscheidung erst nach seiner Rückkehr nach Berlin fallen sollte. Buttmann erhielt von Hitler den Auftrag, die Möglichkeiten einer Regierungsbildung in Bayern auszuloten[48]. In einer Denkschrift für den „Führer" arbeitete der NSDAP-Fraktionsvorsitzende daraufhin „Vorschläge zur bayerischen Regierungsbildung"[49] aus, die „an die Stelle des Mehrheitsprinzips und der Abstimmungsmaschine [...] das Führer- und Verantwortlichkeitsprinzip"[50] setzten, grundsätzlich aber für das parlamentarische System plädierten. Buttmann sprach sich für die Schaffung eines Staatspräsidentenamtes und eine Umbildung der bayerischen Staatsregierung aus, um anschließend nacheinander die Möglichkeit einer Minderheitsregierung der NSDAP sowie einer Koalitionsregierung mit der BVP zu erörtern. Obgleich in der Denkschrift die Vorzüge einer Minderheitsregierung genannt wurden, ließ ihr Verfasser keinen Zweifel daran, daß er persönlich eine Koalitionsregierung bevorzugte.

Für diese Variante glaubte Buttmann, entscheidende Argumente nennen zu können. Die Weltanschauungspartei BVP sei robuster als wirtschaftliche Interessenparteien und könne deshalb, „solange Rom sie nicht aufgibt, nur von innen heraus zerstört werden". Für die nächsten Jahre sei aber eine „Auflösung infolge innerer Zersetzung" kaum zu erwarten[51]. Vorläufig könne die BVP daher dazu dienen, das katholische Oppositionspotential zu binden, auf lange Sicht breche eine Regierungsbeteiligung „dieser Partei sicherer das Rückgrat als ihre Abdrängung in die Opposition". Mit sicherem Blick erkannte Buttmann, daß die jungen „Frondeure der B. V." im Begriff standen, in der Partei die Macht zu übernehmen. Sie zu Gegnern zu haben, sei immer noch gefährlich, sie dagegen an der Regierung zu beteiligen, bedeute, den „Spaltpilz, der seit dem 5. März 1933 in der B. V. aufgeschossen ist", in seinem Wachstum zu fördern[52]. Zudem könne die BVP zur „Verbreiterung der antimarxistischen Front" dienen, was wiederum die Kooperation mit der jungen Generation von ehemaligen Frontsoldaten unter den BVP-Politikern erleichtere: „Es heisst deren Entwicklung zum Nationalsozialismus fördern, wenn man sie an der Regierungsbildung beteiligt und es heisst damit der B. V. ihren Nachwuchs entreissen"[53]. Personell schlug Buttmann als Staatssekretär im Kultusministerium Ritter von Lex und für den Posten des Finanzministers einen weiteren, nicht genannten BVP-Politiker vor. Allem Anschein nach hatte er selbst Ambitionen auf das Kultusministerium, vielleicht sogar auf die Ministerpräsidentenwürde, und sich mit Lex einen willigen Kooperationspartner ausgesucht. In den Mittelpunkt seiner Denkschrift stellte Buttmann jedoch machtpolitische Motive, und er hatte damit auch

[48] Vgl. Probst, NSDAP, S. 83; Altendorfer, Schäffer, S. 762. Einer Aufzeichnung Buttmanns vom 22. 8. 1945 zufolge war er bereits im Februar von Hitler beauftragt worden, die Möglichkeiten einer Regierungskoalition zu sondieren. „Wie ist die Machtergreifung der Nazis in Bayern erfolgt", NL Buttmann (von Prof. Dr. Rudolf Morsey freundlicherweise zur Verfügung gestellt).

[49] Denkschrift von Rudolf Buttmann, März 1933, in: Archiv der Kommission für Zeitgeschichte Bonn, NL Volk, II B 2, Bl. 464–493.

[50] Ebenda, Bl. 468.

[51] Ebenda, Bl. 489.

[52] Ebenda, Bl. 491.

[53] Ebenda, Bl. 493.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erfolg: Hitler ging auf den Vorschlag ein und gab sein Einverständnis zu einer Unterredung in München[54].

Wie Buttmann verfolgte auch Lex eigene Pläne. Sein Gesprächskontakt zur NSDAP verlief zunächst unabhängig von der offiziellen Verbindungsaufnahme der BVP-Führung. Noch am Tag der ersten Unterredung zwischen Lex und Hitler, dem 12. März 1933, hatte die BVP-Fraktion eigene Unterhändler für die Gespräche mit den Nationalsozialisten benannt, offensichtlich ohne Kenntnis der Manöver des Bayernwacht-Führers[55]. Lex mochte wirklich beabsichtigt haben, die Fraktion noch rechtzeitig über das bevorstehende Treffen zu unterrichten, doch aus nicht zu klärenden Gründen kam es nicht mehr dazu: Wie Lex schrieb, sollte die neue Entwicklung „der Fraktion zur Kenntnis gebracht werden in ihrer auf Montag, den 13. März vormittags 11 Uhr anberaumten Sitzung, zu der auch die Mitglieder der Reichstagsfraktion eingeladen waren". Schon um 10 Uhr traf er sich aber an diesem Tag erstmals mit Hitler. Wie zur Entschuldigung erklärte Lex in seiner Aufzeichnung, die Einladung zu diesem ersten Gespräch sei ihm erst in der Nacht von Sonntag auf Montag um 1.00 Uhr überbracht worden. Offensichtlich handelte er hier, ohne das formelle Einverständnis der Fraktion abzuwarten, und es mußte ihm darauf ankommen, nach dem ersten Gespräch mit Hitler die Fraktionskollegen zu bewegen, einer Fortsetzung der Verhandlungen zuzustimmen.

In den einleitenden Bemerkungen zum ersten Dokument erwähnt Lex den Namen Buttmanns kein einziges Mal. Vermutlich war er anfänglich bemüht, diese informelle Verbindung nicht offenzulegen. Statt dessen stellte er einen unverfänglicheren Gesprächskontakt als Ursprung der Verhandlungen hin, nämlich die Unterredungen mit Ernst Röhm und dem BVP-Reichstagsabgeordneten Eugen Graf Quadt[56] über die Bayernwacht und ihr Verhalten am 9. März 1933. Hierbei habe sich gleichsam nebenbei die Frage Röhms ergeben, ob er, Lex, zu Gesprächen mit Hitler bereit sei[57]. Mit der von Lex später selbst genannten Initiative Buttmanns ist diese Variante aber ebensowenig vereinbar wie mit den Aussagen Röhms über die Vorgänge am 9. März, die dessen Bereitschaft zu Koalitionsverhandlungen als sehr zweifelhaft erscheinen lassen. Auch die Tatsache, daß gerade an dieser Stelle im Dokument umfangreiche Streichungen und handschriftliche Korrekturen von Lex' Hand vorkommen, deutet darauf hin, daß der Autor diese Passagen als besonders schwierig empfand. Überdies betonte er in auffälliger Weise, daß der Beschluß, ihm die Alleinvertretung seiner Partei zu übertragen, einstimmig gefaßt worden sei, und in der

[54] Vgl. den Hinweis von Lex in Dokument 2: „Sonntag, den 12. März 1933, 1.15 früh erhielt ich von Dr. Buttmann Mitteilung, daß ich am Montag, den 13. März vormittags 10 Uhr bei Reichskanzler Hitler in dessen Privatwohnung in der Äußeren Prinzregentenstraße mich einfinden sollte."

[55] „Die Landesleitung der Bayernwacht saß am Nachmittag des gleichen Tages nochmals beisammen und formulierte das Ersuchen an die Landtagsfraktion, den von der Fraktion benannten Unterhändlern noch als Vertreter der Bayernwacht und der Frontkämpfer der Partei die Herren Graf Quadt und Ritter von Lex beizufügen." (Dokument 1)

[56] Eugen Graf von Quadt zu Wyckradt und Isny (1887–1940), Direktor, Rittmeister a. D., 1930–1940 MdR (BVP, NSDAP), 1933 bayerischer Wirtschaftsminister.

[57] Siehe Dokument 1.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wiedergabe des Gesprächs mit Hitler ließ er nochmals einfließen, wie peinlich es ihm sei, als einziger Unterhändler für sich selbst ein Amt zu fordern[58].

Anders als in den Monaten und Jahren zuvor hatte Schäffer an dieser Verbindungsaufnahme zur NSDAP keinen Anteil[59]. Der BVP-Vorsitzende mochte nach seiner Verschleppung am 9. März 1933 wenig Bereitschaft zu einer erneuten Kontaktaufnahme mit den Nationalsozialisten gehabt haben. Zudem beruhte der Gesprächskontakt zu den Nationalsozialisten auf persönlichen Beziehungen zwischen Buttmann und Lex, die beide nicht mutwillig aufs Spiel setzen wollten, bevor es tatsächlich zu einem Treffen mit Hitler gekommen war. Folgerichtig setzte Lex die Landtagsfraktion erst nach der ersten Unterredung mit Hitler in Kenntnis. Gleichwohl zeigte sich hier und auch später, daß Schäffer mit der von Lex eingeschlagenen Linie einverstanden war und diesen auch weiterhin als seinen Vertrauten betrachtete[60]. Die Abwesenheit Schäffers bei diesen Gesprächen hatte also persönliche Gründe und läßt nicht auf grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten schließen.

Nach seinem dritten Gespräch mit Lex reiste Hitler nach Berlin ab. Der Reichskanzler verließ München in gehobener Stimmung. Der begeisterte Empfang durch die Bürger der bayerischen Landeshauptstadt hatte ihn in der Überzeugung bestärkt, die Regierungsgewalt auch ohne ein formelles Bündnis mit der BVP übernehmen zu können. „Mittags beim Führer" erfuhr Goebbels „die neuesten Nachrichten aus München" und vertraute sie seinem Tagebuch an: „Die ganze Stadt ist wie von einem Alpdruck befreit. Der Führer wurde mit unbeschreiblichem Jubel empfangen. Von Widerstand kann nirgendwo mehr die Rede sein."[61] Auf der Sitzung des Reichskabinetts am 15. März äußerte sich Hitler ebenfalls optimistisch. Die Verhältnisse des Reichs zu Bayern seien bereinigt, der Reichsgedanke habe sich überall als stark erwiesen, und „der Umsturz in Bayern sei vielleicht am gründlichsten"[62]. Mit der endgültigen Regierungsbildung werde man in Bayern noch warten, um „Aufklärung über gewisse separatistische Umtriebe zu schaffen"[63]. Hier war das „Alarmstichwort" wieder, das Hitler wesentlich dazu bewogen hatte, auf Verhandlungen mit Lex einzugehen.

Wie Domdekan Anton Scharnagl zutreffend an Kardinal Faulhaber berichtete, waren die Unterredungen zwischen Hitler und Lex lediglich „Vorverhandlungen", in denen die BVP ihre Forderungen bekanntgab und die Gegenseite diese zur Kenntnis nahm, ohne eine Entscheidung zu treffen[64]. Zu konkreten Verhandlungen der beiden Landtagsfraktionen über eine Regierungskoalition kam es nicht mehr.

---

[58] Siehe ebenda.

[59] Vgl. auch Altendorfer, Schäffer, S. 762, Anm. 690.

[60] Vgl. ebenda, S. 745, S. 749 und S. 761.

[61] Goebbels-Tagebücher, Teil I, Bd. 2, Eintragung vom 15. 3. 1933, S. 393.

[62] Ministerbesprechung vom 15. 3. 1933, in: Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933–1938, hrsg. von Konrad Repgen, Teil I: 1933/34, Bd. 1: 30. Januar 1933 bis 31. August 1933, bearb. v. Karl-Heinz Minuth, Boppard 1983, S. 212.

[63] Ebenda.

[64] Scharnagl an Faulhaber, 16. 3. 1933, in: Volk, Akten Kardinal Faulhaber, Bd. I, S. 668.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schon wenige Tage nach den Gesprächen gingen die Nationalsozialisten dazu über, „die Bayerische Volkspartei von innen her gleichzuschalten"[65]. Am 16. März wurde gemeldet, Ministerpräsident Held habe „wegen stärkster Erschöpfung seiner Kräfte" seine Amtsgeschäfte niedergelegt und sei in die Schweiz gereist. Sofort ernannte Epp sich selbst zum kommissarischen Ministerpräsidenten und die Staatskommissare zu Ministern, was die Aussichten auf eine Koalitionsregierung vollends zunichte machte[66]. Dieser „kommissarische Ministerrat" erklärte seinerseits am 17. März 1933 die bisherigen Minister des Kabinetts Held für entlassen und setzte die bisher kommissarisch amtierenden neuen Staatsminister in die vollständigen Rechte ein[67]. Die Nationalsozialisten hatten damit sämtliche Ministerien übernommen; lediglich das neuerrichtete Wirtschaftsministerium wurde am 17. April dem BVP-Reichstagsmitglied Graf Quadt übertragen, ein Zugeständnis, das mit Quadts Rücktritt zwei Monate später obsolet wurde[68].

VI.

Welche Einsichten erlauben die Gesprächsprotokolle in die Motive und Handlungsabsichten der Beteiligten? Die NS-Führung fühlte sich noch sechs Wochen nach ihrer Machtübernahme in Berlin dazu veranlaßt, mehrfach intensive Verhandlungen mit der zweitgrößten bayerischen Partei aufzunehmen – und zwar durch Hitler selbst. In den Unterredungen mit Lex übernahm Hitler zahlreiche Gedanken aus der Buttmannschen Denkschrift, um die Koalitionsbereitschaft der BVP und ihr politisches Gefahrenpotential für seine Regierung auszuloten. Auch der Hinweis auf die Gefahren eines Attentats oder einer Gegenrevolution im Norden vermittelt den Eindruck, Hitler habe sich in dieser dramatischen Situation noch nicht völlig sicher gefühlt und politische Alternativen ernsthaft erwogen. Die Annahme eines abgekarteten Spiels, bei dem Buttmann nur als konservativ-nationalsozialistisches Aushängeschild eingesetzt worden wäre, um bis zur Ausschaltung des Landtags den Anschein von Legalität zu wahren[69], dürfte Hitler ein allzu planvolles Vorgehen unterstellen. In jedem Fall scheiterte Buttmann aber mit seiner gemäßigten, eine Koalitionslösung anstrebenden Position. Im Ergebnis leistete er der Machtübernahme Hitlers in Bayern gute Dienste, weil er wichtige Teile der bisherigen politischen Elite neutralisierte. Entgegen seinen Hoffnungen wurde Buttmann jedoch nicht mit einem Ministeramt belohnt: „Der Verdacht, Buttmann sei auf diese Weise kaltgestellt worden,

[65] Altendorfer, Schäffer, S. 763.
[66] Ebenda; vgl. auch Probst, NSDAP, S. 84.
[67] Vgl. Domarus, Hitler, Bd. I, S. 212 f.
[68] Vgl. Volk, Bayern, S. 520 f.; Schwend, Bayerische Volkspartei, S. 570 f.; ACSP München, NL Müller, Aufzeichnung „Monarchistische Bestrebungen", S. 4.
[69] Vgl. Probst, NSDAP, S. 84.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

um nicht doch noch eine BVP-NSDAP Regierung zustande zu bringen, ist keineswegs unbegründet."[70]

Die Gesprächsprotokolle zeigen deutlich, wie sich Hitler verschiedene Optionen offenhielt und schließlich kurzfristig und spontan eine Entscheidung traf, die durch den Gang der Entwicklung bereits vorgeprägt worden war[71]. Geschickt spielte er die Radikalen in seiner Partei, allen voran Ernst Röhm, gegen die gemäßigten Nationalsozialisten und die jungen BVP-Vertreter aus. Er inszenierte in der dritten Unterredung eine Debatte über das Verhalten der BVP am 9. März, ließ Röhm Bericht erstatten und zwang Lex auf diese Weise zur Richtigstellung und Rechtfertigung. Geradezu idealtypisch wandte Hitler hier die Herrschaftsmethode des „divide et impera" an, um selbst als Schiedsrichter aus der Debatte innerhalb der NSDAP hervorzugehen[72]. Zugleich konnte er den Gesprächen mit Lex die unmißverständliche, wenn auch nicht bedingungslose Kooperationsbereitschaft der BVP entnehmen. Das erleichterte ihm den Entschluß zum Alleingang: Statt einer Koalitionsregierung mit der BVP, die oppositionelle Kräfte binden sollte, ließ er eine Minderheitsregierung einsetzen und konnte doch weitgehend sicher sein, daß von der BVP keine Gefahr mehr ausgehen würde. Daß er kaum eine echte Neigung besaß, eine formelle Mehrheitsregierung zu bilden, und die Unterredungen in diesem Sinne tatsächlich zwecklos waren, wie Lex richtig argwöhnte[73], geht auch aus den Äußerungen Hitlers gegenüber den Zentrumspolitikern Ludwig Kaas und Ludwig Perlitius am 31. Januar 1933 hervor. Unter Berufung auf seinen Koalitionspartner, den DNVP-Vorsitzenden Alfred Hugenberg, lehnte er eine parlamentarische Verbreiterung des Reichskabinetts ab[74].

Die jungen BVP-Führer suchten nach dem 9. März 1933 einen Mittelweg zwischen der Konfrontation mit der NSDAP und der vollständigen Eingliederung ihrer Partei in die „nationale Front", wie sie vom Wirtschaftsbeirat der BVP gefordert wurde[75]. Ihr – bei aller Konzessionsbereitschaft – unerschrockenes Beharren auf politischer Eigenständigkeit und der zaghafte Einspruch gegen terroristische Herrschaftsmethoden zeigen, daß Schäffer und Lex nicht einfach einen von Industrie und Mittelstand geforderten „Rechtsruck" vollziehen wollten[76]. Ob ihre Zugehörigkeit zur „Frontgeneration" tatsächlich so bedeutend war, darf hingegen bezweifelt werden. Auch wenn die Weltkriegs- und Krisenerfahrungen, ein übersteigerter Nationa-

---

[70] Ebenda, S. 83; Domröse, NS-Staat, S. 103.

[71] In ganz ähnlicher Weise erfolgte Hitlers Entscheidungsfindung auch in anderen Krisensituationen, etwa der Ermordung Röhms, der Entlassung der Generäle Blomberg und Fritsch und der Entscheidung zum Angriff auf Polen. Vgl. dazu nur Karl-Joseph Hummel/Wolfgang Dierker, Deutsche Geschichte 1933–1945, München 1998.

[72] Zur Herrschaftstechnik Hitlers vgl. Ulrich von Hehl, Nationalsozialistische Herrschaft, München 1996, S. 44–47.

[73] Siehe Dokument 2.

[74] Vgl. Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der deutschen Zentrumspartei 1926–1933, bearb. v. Rudolf Morsey, Mainz 1969, S. 612.

[75] Altendorfer, Schäffer, S. 761.

[76] Wiesemann, Vorgeschichte, S. 286; Schönhoven, Katholizismus, S. 549 f.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lismus und Antikommunismus einige Gemeinsamkeiten mit den Nationalsozialisten schufen, blieb die Berufung auf die „Fronterfahrung" doch vorwiegend appellativ. Anfang April hatte Lex alle Hoffnungen verloren, die Zugehörigkeit zum „Frontgeschlecht" politisch instrumentalisieren zu können. Den zeitweilig kursierenden Plänen eines „Bundes Deutscher Katholischer Frontkämpfer", die einer national-katholischen Gruppierung eine aktive politische Rolle erhalten sollte, erteilte er eine Absage und schrieb einem Briefpartner nun, er „billige dem Fronterlebnis auf dem politischen Felde keine gemeinschaftsbildende Kraft zu"[77].

Die junge BVP-Führung war in den entscheidenden Märztagen 1933 stärker um ihre politische Autonomie als um bedingungslose Anpassung an die neuen Machthaber bemüht. Erst die wachsende Erkenntnis, keine eigenständige politische Kraft bleiben zu können, löste bei den Verantwortlichen eine Welle der Resignation und Unterwerfungsbereitschaft aus. In diesen Kontext gehört auch die Zustimmung der BVP-Reichstagsfraktion zum „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" („Ermächtigungsgesetz") vom 24. März 1933[78]. Das positive Votum der bayerischen Partei zur Selbstaufgabe des Parlaments wurde anstelle des Fraktionsvorsitzenden Johann Leicht von Lex begründet, weil „die Person des Max-Joseph-Ritters" nach den Worten Schäffers „am ehesten die Gewähr für eine ungestörte Wiedergabe der schwerwiegenden Vorbehalte" bot[79]. Allerdings spricht nichts dafür, daß es Hitler bereits in den Verhandlungen mit Lex darauf abgesehen hatte, die Zustimmung der BVP zum Ermächtigungsgesetz zu erreichen. Seine Rede von der „Herstellung der willensmäßigen Einheit" war gegen den Föderalismus und die daraus erwachsenden Gefahren für die NS-Reichsregierung, nicht aber gegen die Existenz der Parteien im Reichstag gerichtet. Über irgendwelche Zugeständnisse oder Garantien Hitlers für die katholische Kirche, die Lex gewiß nicht unerwähnt gelassen hätte, enthalten die Aufzeichnungen keinerlei Hinweise.

Die Bayernwacht wurde durch eine Verordnung der Landesregierung vom 23. März 1933 denjenigen Wehrverbänden zugerechnet, die aufzulösen waren. Nach einigen ergebnislosen Verhandlungen mit Röhm teilte Lex am 13. April 1933 dem bayerischen Innenminister Wagner die endgültige Auflösung dieser Selbstschutzorganisation mit[80]. Das „Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich" vom 31. März 1933 ließ die Koalitionsplanspiele Buttmanns endgültig Makulatur werden. Die Sitzverteilung im bayerischen Landtag wurde derjenigen des Reichstags angepaßt. Nun waren die NSDAP mit 48 Sitzen, die BVP mit 27, die

[77] Lex an Ammann, 10. 4. 1933, in: BAB/ZDH, ZB I/993, Bl. 779.

[78] Vgl. dazu neben der in Anm. 1 zitierten Literatur Winfried Becker, Die Deutsche Zentrumspartei gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Reichskonkordat 1930–1933: Motivationsstrukturen und Situationszwänge, in: Historisch-politische Mitteilungen 7 (2000), S. 13 f.; Rudolf Morsey, Das „Ermächtigungsgesetz" vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich", Düsseldorf 1992; Klaus Schönhoven, Zwischen Anpassung und Ausschaltung. Die Bayerische Volkspartei in der Endphase der Weimarer Republik 1932/33, in: Historische Zeitschrift 224 (1977), S. 372 f.

[79] Altendorfer, Schäffer, S. 771; Schönhoven, Anpassung, S. 372 f.

[80] Vgl. Schönhoven, Katholizismus, S. 548.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

SPD mit 17 Sitzen vertreten, so daß sich alle weiteren Verhandlungen erübrigten. Diese Machtverschiebung und der nun auch in Bayern tobende Terror gegen Juden und politisch Andersdenkende dämpfte die Anpassungsbereitschaft der BVP-Führung jedoch nicht, sondern bewirkte das genaue Gegenteil[81]. Schäffer rief im Bayerischen Kurier vom 8. April 1933 dazu auf, die Reichsregierung dabei zu unterstützen, daß sie „Arbeit und Brot dem Volke bringen, einen nationalen Aufstieg im Innern erringen und deutsches Recht und deutsche Freiheit nach außen hin erkämpfen kann"[82]. Derweil bereitete Lex seinen Wechsel in das Reichsinnenministerium vor, den ihm Buttmann, der dort ab Mai 1933 die Kulturabteilung leitete, ermöglicht hatte. Für die BVP gab es keine Zukunft mehr. Die Zustimmung der BVP zum bayerischen Ermächtigungsgesetz am 29. April 1933 war das letzte Zugeständnis an die Machthaber, bevor sich die Partei am 4. Juli 1933 selbst auflöste.

Dokument 1

Aufzeichnung von Hans Ritter von Lex über seine Unterredungen mit Hitler, 15. März 1933[83]

Erörterungen zur Regierungsbildung in Bayern
Kommt eine Koalition zwischen Nationalsozialisten und B. V. P.?

3 Gespräche mit Adolf Hitler
am 13. und 14. März 1933

Vorbemerkung:
In den Tagen vom 10. bis 12. März wurden in verschiedenen Teilen Bayerns Angehörige, besonders aber Orts- und Kreisführer der Bayernwacht festgenommen. Bei einer noch größeren Anzahl erfolgten Haussuchungen und kurz dauernde Verhaftungen. Infolgedessen bestand für den Landesführer der Bayernwacht Ritter von Lex Veranlassung, sich mit dem kommissarischen Polizeipräsidenten Himmler *am 11. 3. vorm. 11 Uhr u. nachm. 5 Uhr*[84] und mit dem Reichkommissar von Epp *am 12. 3. mittags 2*[15] in Verbindung zu setzen, um darzutun, daß die Bayernwacht gemäß ihrer Vormerkung als Notpolizei ordnungsgemäß am 9. März Bereitschaft angeordnet hatte. Es sei möglich, daß der Befehl zur Aufhebung der Bereitschaft nicht überall durchgedrungen war, da ja vom Abend des 9. März an die Gewalt sich in Händen des Reichskommissars und seiner Unterkommissare befinde.

[81] Vgl. Schönhoven, Anpassung, S. 371.
[82] Zit. nach Schönhoven, Katholizismus, S. 550.
[83] BAB/ZDH, ZB I/1192, Bl. 1192–1208.
[84] Der hier und im folgenden kursiv wiedergegebene Text wurde handschriftlich von Lex in das Typoskript eingefügt.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

An den Besprechungen bei Ritter von Epp beteiligte sich auch der Reichstagsabgeordnete Eugen Graf von Quadt, der durch seine Abstammung und seine militärische Laufbahn dem Verkehrskreis des Herrn von Epp sehr vertraut ist und der als Reichstagsabgeordneter schon längere Zeit Querverbindung zu den Reichstagsabgeordneten Ritter von Epp und Röhm, dem Reichsführer der S. A., besaß. In den Unterhaltungen zwischen den genannten Herren kam auch die Rede auf die bevorstehenden Verhandlungen über Bildung einer neuen bayerischen Regierung, praktisch gesprochen also über die Frage, ob eine Koalition zwischen den Nationalsozialisten und der Bayerischen Volkspartei möglich sei.

Quadt und Lex brachten den Gedanken zum Ausdruck, daß eine Beteiligung der Bayerischen Volkspartei nur in Betracht komme, wenn dieser als Regierungspartei die Fortführung ihrer Parteiarbeit und auch die Erhaltung der Bayernwacht möglich sei. Die Bayernwacht der einen Partei dürfe in ihren Rechten nicht zurückgesetzt sein hinter die S. A. der anderen Regierungspartei[85]. *Die B. W. sei in ihrer wehrpolitischen Arbeit an Kreise der Jugend, insbesondere der kath. Jugend, herangekommen, die der S. A. u. dem Stahlhelm immer verschlossen bleiben würden. Röhm erklärte, er sei noch gestern (Samstag) der Auffassung gewesen, daß die B. W. verboten werden müsse. Er sei aber jetzt selbst der Meinung, daß die wehrpolitische Erziehungsarbeit der B. W. nicht ausgeschaltet werden solle. Er wird sich in den nächsten Tagen mit Lex ins Benehmen setzen.*

In der Sache der verhafteten Bayernwachtkameraden wurde[86] *von Staatskommissar Wagner am 11. 3. abends*[87] Entgegenkommen zugesichert, wenn der Landesführer eine öffentliche Erklärung abgebe, die dann auch am[88] *Dienstag, 14. 3.* erfolgte (siehe Beilage[89]!).

Die Landesleitung der Bayernwacht saß am Nachmittag des gleichen Tages nochmals beisammen und formulierte das Ersuchen an die Landtagsfraktion, den von der Fraktion benannten Unterhändlern noch als Vertreter der Bayernwacht und der Frontkämpfer der Partei die Herren Graf Quadt und Ritter von Lex beizufügen. Dies sollte der Fraktion zur Kenntnis gebracht werden in ihrer auf Montag, den 13. März vormittags 11 Uhr anberaumten Sitzung, zu der auch die Mitglieder der Reichstagsfraktion eingeladen waren.

---

[85] Handschriftlich gestrichen: „Bei diesen Unterhaltungen brachte Röhm den Gedanken, daß in den Wehrverbänden der beiden Parteien so viele in gleicher Richtung strebende Werte und Persönlichkeiten vorhanden seien, daß über die Vertretung der Frontgeneration leichter eine Vereinbarung getroffen werden könne als über die ‚politisch Belasteten' parlamentarischen Vertreter der Partei. Er sprach auch den Gedanken aus, daß nur Frontkämpfer die Verhandlungen führen sollten und fragte an, ob Lex einem Ersuchen zu einer Rücksprache mit Hitler Folge leisten würde. Er habe die Absicht, dies Hitler nach seiner Ankunft am heutigen Tag – Sonntag, den 12. März – vorzuschlagen."

[86] Handschriftlich gestrichen: „Entgegenkommen".

[87] Handschriftlich gestrichen: „Prüfung".

[88] Handschriftlich gestrichen: „gleichen Tag".

[89] Nicht überliefert.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auf Grund dieser Vorgeschichte wurde nun Herr von Lex wiederholt zu Besprechungen mit Herrn Reichskanzler Hitler eingeladen, und zwar

I. Montag, den 13. März vormittags von 10.00–11.00 Uhr
in der Privatwohnung Hitlers, München, Prinzregentenplatz.

II. Montag, den 13. März abends 18.45–20.15 Uhr
im Braunen Haus.

III. Dienstag, den 14. März abends 21.15–22.45 Uhr
im Braunen Haus.

Die nachstehenden Aufzeichnungen beruhen auf unmittelbaren Mitteilungen des Herrn von Lex am Mittwoch, den 15. März nachmittags an Hand seiner nachträglich gemachten Notizen. Die Unterredungen sind nicht vollständig wiedergegeben. Bei den festgehaltenen Äußerungen kann der Wortlaut nicht als präzis bezeichnet werden. Sie sind dem Sinn nach richtig.

I. Besprechung zwischen Reichskanzler Adolf Hitler und Herrn v. Lex
am Montag, den 13. März 33, 10.00–11.00 Uhr
in der Privatwohnung Hitlers, Prinzregentenplatz.

Die Einladung zu dieser Besprechung war Herrn von Lex in der Nacht von Sonntag auf Montag um 1.00 Uhr morgens zugestellt worden.

Gedankengänge des Herrn Hitlers [sic]:
Die zwei großen Ziele, die er verfolge, seien:
1.) die willensmäßige Einheit des deutschen Volkes herzustellen.
2.) die Zerschmetterung des Marxismus in Deutschland[90] herbeizuführen.
Parteien, die mit dem Marxismus zusammengegangen sind, hätten in Deutschland keine selbständige Zukunft mehr. Die Parteien als solche kämen im gegenwärtigen Stadium im Deutschland von heute überhaupt nicht mehr in Betracht bei der Bildung von Regierungsmehrheiten. Daher lehne er das übliche Spiel von Koalitionsverhandlungen mit Vorbieten und Feilschen ab. Die Parteien hätten ausgespielt, es müßten sich einige Männer des Frontgeschlechts zusammensetzen und über das beraten, was man weiter tun könne.

Die Gewerkschaften dürften als politische Instrumente in Zukunft nicht mehr weiterarbeiten. Sie müßten sich auf ihre sehr wichtige Arbeit als berufsständige [sic] Vertretungen zurückziehen. Dabei müßten die Führung die nationalsozialistischen Gewerkschaften übernehmen, die heute bereits über 1 Million Mitglieder hätten und in der Lage seien, die Führung auf diesem Gebiet zu übernehmen.

Bei der Erläuterung des Begriffs „willensmäßige Einheit des deutschen Volkes" kam Hitler auf die Frage Reich und Länder zu sprechen.

Die Länder hätten sich bisher etwas darauf zugute getan, daß sie selbständig Politik hätten treiben können und wollen. Das habe aber auf Grund des besonderen

[90] Handschriftlich gestrichen: „herzustellen".

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Charakters der Weimarer Verfassung zu einem schlechten Ergebnis für die Länder führen müssen. Unter der alten Bismarckischen Reichsverfassung sei dies möglich gewesen ohne Schaden für die Länder; denn damals seien an der Spitze der Länder Herrscherhäuser und aristokratisch geführte Regierungen gestanden. Diese seien nicht in die politische Propaganda hinausgetreten, hätten nicht in Versammlungen und im Rundfunk gesprochen und nicht an dem Parteienkampf teilgenommen. Dadurch seien die Konfliktsmöglichkeiten zwischen Reich und Bundesstaaten niedergehalten worden.

Die jetzigen Verhältnisse dagegen machen die Gleichschaltung in Reich und Ländern notwendig; denn durch die politische Tätigkeit der Länder auf Grund der Weimarer Verfassung sei die Aushöhlung der Länder herbeigeführt worden. Man nehme z. B. den Fall, daß in beachtlichen Ländern eine Rechtsregierung bestand, während im Reich links regiert wurde. Dann suchte das rechts regierte Land Anschluß und Unterstützung bei anderen rechts regierten Ländern, um mit ihnen eine Front gegen die links gerichtete Reichsregierung zu bilden. Die Reichsregierung konnte in Verfolgung ihrer Politik aber dann nicht Maßnahmen gegen diese einzelnen Länder verfolgen, sondern griff zu dem Ausweg, Maßnahmen zu unternehmen, die sich gegen die politischen Kräfte der Länder überhaupt richteten. Die Wirkung war im Laufe von über 13 Jahren eine immer stärkere Aushöhlung der Länder, da dieses Kampfverfahren sowohl von links wie von rechts gerichteten Reichsregierungen gegen gegensätzlich gerichtete Gruppierungen bei den Länderregierungen angewandt wurde. Es mußte also die Entwicklung auf Grund der Weimarer Verfassung automatisch immer gegen die Länder ausgehen.

Er sei bisher Föderalist gewesen, aber er sei zu dem Ergebnis gekommen, daß man mit dem Unsinn der Weimarer Verfassung auf diesem Gebiet ein Ende machen müsse. Es sei eine vollkommene Gleichschaltung zwischen Reich und Ländern notwendig und dauernd festzulegen.

Zum Schluß richtete Hitler an Herrn von Lex die Frage, ob man darauf hoffen könne, daß in der Bayerischen Volkspartei das Frontgeschlecht bereit sei, mitzuarbeiten. Er, Herr von Lex, möge sich vergewissern, wie die Bayerische Volkspartei über eine Beteiligung an der Regierung denke.

Hitler fragte bei Lex an, ob dieser bereit sei, wieder zur Besprechung zu kommen. Politiker und Parlamentarier wolle er nicht sehen. –

Bei der vorstehenden Besprechung war Herr von Lex durchaus zuhörend und beschränkte sich nur auf die wiederholte Versicherung, daß in der Bayerischen Volkspartei nicht nur in der Frontgeneration, sondern durchaus in der ganzen Partei absolut der Wille zu positiver Aufbauarbeit bestehe.

Der Inhalt der vorstehend skizzierten Aussprache Hitler-Lex wurde von letzterem ordnungsgemäß und in unmittelbarem Anschluß am Montag, den 13. März 1933 vormittags 11.55 Uhr dem Parteivorsitzenden, dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion und den Kabinettsmitgliedern der Partei zur Kenntnis gebracht, und zwar im Landtagszimmer des Fraktionsvorsitzenden.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

An dieser Besprechung nahmen teil: Prälat Wohlmuth und Abg. Baumann[91] für die Fraktionsvorstandschaft, Staatsrat Schäffer als Parteivorsitzender, Ministerpräsident Held und Innenminister Stützel für die Regierungsmitglieder, Prälat Dr. Scharnagl als einer der benannten Unterhändler.

Das Ergebnis dieser Aussprache, die über 1½ Stunden dauerte, war folgendes:

Herr von Lex wird ermächtigt und bevollmächtigt für weitere Aussprachen mit Hitler als einziger Unterhändler, und es wird ihm das vollkommene Vertrauen der oben genannten Personen und Instanzen ausgesprochen.

Als Richtlinien werden ihm mitgegeben:

1.) Einverstanden ist die Bayerische Volkspartei mit der vollständigen Niederringung des Marxismus. Dabei werden Härten in der Abwehr der Kommunisten wohl unvermeidlich sein und auch von der Partei verstanden. Für den Kampf zur Niederringung der Sozialdemokratie halte die Partei aber Formen für notwendig, die im Einklang mit den christlichen Sittengesetzen sich befinden.
2.) Die Bayerische Volkspartei ist bereit zur Mitwirkung in der nationalen Aufbauarbeit der Reichsregierung unter der Voraussetzung der Wahrung der staatlichen Lebensrechte Bayerns.
3.) Die Bayerische Volkspartei fordert als nationale und christliche Weltanschauungspartei für sich und ihre Unterorganisationen Gleichberechtigung auf allen Gebieten mit den Einrichtungen der nationalsozialistischen Partei und deren Verbänden Diese Gleichberechtigung ist materiell zu meinen, nicht ziffernmäßig.
4.) Für das Vorgehen bei der Regierungsbildung solle Herr von Lex vorschlagen, daß man sich zusammensetzen solle zur Vereinbarung eines Rahmenprogramms. Wenn dabei Wohlmuth von der Gegenseite als Unterhändler abgelehnt würde, dann sollte aber doch unbedingt Schäffer mit dabei sein, damit nicht die ganze Verantwortung auf den Schultern der Bayernwachtführer oder des Herrn von Lex allein liege.

II. Besprechung zwischen Reichskanzler Adolf Hitler u. Herrn v. Lex
am Montag, den 13. März 19.45–20.15 Uhr
im Braunen Haus.

Bei dieser Besprechung war als stummer Zuhörer ständig Reichsinnenminister Dr. Frick anwesend.

Herr von Lex eröffnete die Besprechung damit, daß er auf die Bayernwacht als eine Schöpfung des Frontgeschlechts in der Bayerischen Volkspartei hinwies. Die Bayernwacht sei auch Trägerin der Tradition dieses Frontgeschlechts und sie verkörpere den Aufbauwillen, der einheitlich in der ganzen Partei vorhanden sei. Daran anschließend trug er dann entsprechend der ihm erteilten Instruktion vor:

[91] Paul Baumann (geb. 1878), Landesökonomierat, 1920–1925, 1929–1933 MdL (BVP).

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1.) Einverstanden sei die Bayerische Volkspartei, daß der Bolschewismus aufs allerschärfste bekämpft werde und auch mit den schärfsten Methoden, wenn die Lage dazu zwinge.
Auch mit der Niederringung des Marxismus ist die Partei vollkommen einverstanden. Sie ist aber der Meinung, daß gegenüber den Sozialdemokraten die brutalen physischen Methoden weniger am Platze seien. Es müßten hier, wo es sich mehr um eine geistige Bewegung handle, auch stärkere geistige Mittel mit herangezogen werden und es müßten dabei die christlichen Sittengesetze beachtet werden unter Ablehnung terroristischer Methoden.

2.) Auch bei der Herstellung der willensmäßigen Einheit des Deutschen Volkes sei die Partei zur Mitwirkung bereit. Dabei müßten wir festhalten an den angestammten staatlichen Lebensrechten Bayerns. Die Lebensrechte wurden einzeln umschrieben mit Kulturverwaltung, Innenverwaltung, Justizverwaltung einschließlich Polizei, die trotz Notverordnung vom 28. Februar 1933[92] bei den Ländern verbleiben könne und müsse. Die Einzelheiten auf diesem Gebiet bewegten sich im Rahmen der allgemein bekannten programmatischen Richtlinien der Bayerischen Volkspartei.

3.) Nicht als Knechte und Parias könnten die Angehörigen der Bayerischen Volkspartei am Aufbauwerk mitarbeiten, sondern nur bei der Gewährung von Gleichberechtigung. „Was verstehen Sie unter Gleichberechtigung?", fragte Hitler. „Nicht die zahlenmäßige, sondern die wertmäßige Gleichachtung und Gleichberechtigung, insbesondere auch für die Bayernwacht."

Das wurde weiterhin erläutert: Bei der Pflege der körperlichen Ertüchtigung wie auch bei der Einsetzung der Wehrorganisationen als Hilfspolizei müßten die Angehörigen der Bayernwacht entsprechend ihrer zahlenmäßigen Stärke mit gleichen Rechten herangezogen werden wie die nationalsozialistischen Wehrverbände.

Weiterhin nannte Herr von Lex dann die Namen der von der Landtagsfraktion benannten Unterhändler, nämlich:

Prälat Dr. Wohlmuth, Prälat Dr. Scharnagl, Schäffer und Dr. Hundhammer. Diese Vorschläge wurden sofort abgelehnt, insbesondere der Name Wohlmuth, mit der Bemerkung von Hitler: „Ich habe doch Frontsoldaten verlangt!" Lex wies darauf hin, daß Schäffer Frontsoldat sei, vor Verdun gekämpft habe, verwundet wurde. Darauf erwiderte Hitler: „Ich persönlich habe nichts gegen ihn, aber er ist nicht angenehm beim Reichpräsidenten. Man dürfe jetzt nicht die Partei mit Herrn Schäffer exponieren."[93]

---

[92] Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933, RGBl. I, S. 83.

[93] BAB, NS 10/123, Bl. 82, Schreiben Schäffers an Lex vom 15. März 1933: „Lieber Freund! Du hast heute – ich weiß nicht, aus welchen Gründen – an mich die Bitte gerichtet, ich möchte Dir doch mitteilen, ob ich seinerzeit bei der Audienz beim Herrn Reichspräsidenten am 17. Februar ds. J. über den Herrn Reichskanzler Adolf Hitler eine persönlich abfällige Bemerkung gemacht hätte. Ich muß das ganz entschieden und auf Manneswort bestreiten. Richtig ist meiner Erinnerung nach, daß ich gelegentlich ausgeführt habe, daß die ganze Dynamik der nationalsozialistischen

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lex fragte, ob der Frontkämpfer Graf Quadt genehm sei. Antwort von Hitler: „Sitzt auch schon 4 Jahre in der Reichstagsfraktion und dadurch politisch verdorben!"

Ergötzlicherweise saß Herr Reichsminister Dr. Frick dabei, der auch schon ziemlich lange im Reichstag tätig ist und ein etwas befremdetes Gesicht machte, so daß Hitler dazufügte: „Ich meine natürlich die Arbeit in den alten Fraktionen."

Auf die erneute Frage nach Quadt wurde geantwortet: „Nein, dieser Quadt bestürmte mich am 9. März in der ärgsten Weise, ausgerechnet mich, um mich zum Eingreifen in Bayern zu bringen."[94]

„Nein, ich will niemanden sehen als Sie. Ich werde Sie wieder rufen lassen, kommen Sie allein!"

Lex: „Ich bitte Sie, sich zu überlegen, was das für mich bedeutet hier allein zu sitzen und für eine große Partei sprechen und Vereinbarungen treffen zu müssen."

Hitler: „Ich wünsche, daß Sie allein kommen. Ich werde Sie wieder rufen lassen. Machen Sie einen Vorschlag über die Ministerien, die Ihre Partei haben möchte und sagen Sie die Persönlichkeiten, die Sie für diese Ministerien vorschlagen."

Hitler äußerte sich dann noch über die Reichskommissare. Epp sei doch eine gute Persönlichkeit und auch die anderen Kommissare seien sehr schätzenswerte Menschen.

Im Lauf der Aussprache hatte Hitler noch mitgeteilt, daß er sich auch die fränkischen Führer der N.S.D.A.P. habe kommen lassen. Es bestehe eine sehr starke Strömung, die Zentrum und Bayerische Volkspartei im Reich wie in Bayern ganz draußen lassen wolle[95]. Insbesondere deshalb, weil das Zentrum bei den preußischen Gemeindewahlen sehr stark abgenommen habe. Das Ergebnis der gleichen Wahl aber zeige, daß die nationalsozialistische Bewegung noch im vollen Vormarsch zum Siege sei.

Der Inhalt der II. Besprechung zwischen Adolf Hitler und Herrn von Lex wurde ordnungsgemäß von Herrn von Lex am anschließenden Dienstag vormittags 9 Uhr im Fraktionszimmer den dort anwesenden Herren zur Kenntnis gebracht. Die Besprechung wurde gegen 10 Uhr in das Zimmer des Fraktionsvorsitzenden Prälaten Dr. Wohlmuth verlegt. Es nahmen daran teil: Prälat Wohlmuth und Baumann für

---

Bewegung dahin führen muß, daß die Länder eigenen politischen Willen nicht mehr haben können, so daß die Politik, die Bayern z. B. gegenüber der marxistischen Strömung in Deutschland 1920 ff. getrieben habe, nicht mehr möglich sein würde. Ich habe aber im Gegenteil auf eine Bemerkung des Herrn Reichspräsidenten hin sogar ausdrücklich festgestellt, daß ich es gewesen bin, der bereits im November, als dem Herrn Reichspräsidenten doch noch andere Berichte zugingen, ein persönlich sehr günstiges Urteil über den jetzigen Herrn Reichskanzler abgegeben habe und daß ich in die Person des Herrn Reichskanzlers Vertrauen habe." Lex sandte diesen Brief mit Bezug auf die „am Dienstag abend gewährte Unterredung" noch am gleichen Tag an Hitler weiter (ebenda, Bl. 83).

[94] Siehe Dokument 2: „dieser Herr Quadt hat mich am 9. März in Berlin geradezu bestürmt, daß ich von der Einsetzung eines Kommissars in Bayern absehen solle".

[95] Hitler traf am Montag, den 13. 3. 1933 auch mit dem oberfränkischen Gauleiter Hans Schemm zusammen, der die Koalitionsverhandlungen mit der BVP scharf attackierte und forderte, als einziger Vertreter der fränkischen und nordbayerischen Bevölkerung einen Ministerposten in der Landesregierung zu erhalten. Vgl. Franz Kühnel, Hans Schemm. Gauleiter und Kultusminister (1891–1935), Nürnberg 1985, S. 284–287.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Fraktion; Schäffer für die Landesparteileitung, Prälat Dr. Scharnagl als einer der Unterhändler; Held und Stützel für die Regierungsmitglieder; zeitenweise Kommerzienrat Dr. Hergt[96] und Graf Quadt.

In dieser Besprechung wurde in Anlehnung an die Mitteilung, die am Morgen des 9. März von Reichsinnenminister Dr. Frick an den bayerischen Gesandten Sperr in Berlin gemacht wurde[97], der Anspruch der Bayerischen Volkspartei wie nachstehend festgelegt:

Die Forderung beruhte darauf, daß Dr. Frick als Anspruch der Nationalsozialisten genannt hatte: Das Präsidium und das Äußere, das Innere, die Finanzen.

Die Anregung des Fraktionsvorsitzenden der B.V.P., das Ministerium des Inneren zu fordern, wurde von allen anderen Teilnehmern an der Besprechung sehr rasch als völlig unmöglich anerkannt.

Vorschlag der Bayerischen Volkspartei:

2 Ministerien und 2 Staatssekretäre aus einer Gesamtzahl von 5 Ministerien und 2 Staatssekretären.

Ministerien:

1.) Kultus: Schäffer
2.) Justiz: von Lex[98].

Staatssekretäre:

3.) Landwirtschaft: Dr. Hundhammer od. Dr. Rothermel[99]
4.) Arbeit: Funke[100].

Bei den Verhandlungen sollte möglichst so taktiert werden, daß der Staatssekretär für Arbeit als Fachsekretär zu behandeln und als selbständig anzusehen sei.

Für den Fall, daß die genannten Ministerien nicht erreicht werden könnten, sollte versucht werden: Finanz- und Justiz für Schäffer und Lex zu erlangen und ev. ein Staatssekretär im Kultusministerium, für den man sich auf einen Namen nicht einigte.

In der vorstehenden Besprechung betonte Herr von Lex ausdrücklich, wie peinlich für ihn die Lage sei, daß er, der Unterhändler selbst, für ein Ministerium in Betracht komme. Da man ihm erwiderte, daß keine Bedenken bestehen, wurde auf

---

96 Oskar Hergt (1869–1967), Jurist, 1917/18 preußischer Finanzminister, 1919–1923 MdL (DNVP) in Preußen, 1927/28 Reichsjustizminister und Vizekanzler, Juni 1920–Nov. 1933 MdR.

97 Frick hatte bei Franz Sperr „möglichst bald eine Regierungsbildung in Bayern" angemahnt, bei der die Nationalsozialisten „mindestens drei Ministerien und die Initiative der Führung für sich beanspruchen", nämlich das Außen-, Innen- und Finanzministerium. Altendorfer, Schäffer, S. 729.

98 Handschriftliche Schweifklammer hinter den beiden Zeilen „1) Kultus: Schäffer" und „2) Justiz: von Lex" mit der Bemerkung: „so auch umgesetzt". Bei der Regierungsbildung übernahmen die Nationalsozialisten Hans Schemm das Kultus- und Hans Frank das Justizministerium. Möglicherweise sollte diese Bemerkung andeuten, daß die Absicht „umgesetzt" wurde, Hitler diese beiden Ministerien zur Besetzung durch BVP-Politiker vorzuschlagen.

99 Dr. Fridolin Rothermel (1895–1955), Landwirt, 1932/33 MdR (BVP), 1932/33 MdL (BVP).

100 Linus Funke (geb. 1877), Gewerkschafter, 1920–1933 MdL (BVP).

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sein Ersuchen ausdrücklich abgestimmt und *einstimmig* festgestellt, daß die Anwesenden fordern, daß er sich für ein solches Amt zur Verfügung halte.

Der Unterhändler von Lex wurde noch beauftragt, zum Schutze der B.V.P.-Angehörigen bestimmt zu fordern, daß unter die Vergangenheit ein Strich gemacht werden und daß niemand gemaßregelt werden dürfe, weil er in seiner dienstlichen Tätigkeit bisher Nationalsozialisten entgegengetreten war.

III. Besprechung zwischen Reichskanzler Hitler und Herrn v. Lex
am Dienstag, den 14. März, 21.15–22.45 Uhr
im Braunen Haus.

Bei dieser Besprechung war zuerst[101] *Herrn Hitlers Privatsekretär* Hess[102] anwesend. Dann wurde Röhm dazugerufen, während Hess sich entfernte.

Reichskanzler Hitler eröffnete die Besprechung mit folgendem Gedanken:

„Ich möchte gleich eines sagen: Die S. A. ist außerordentlich erregt darüber, daß auch Kräfte der Bayerischen Volkspartei in die Regierung kommen sollen. Man ist erregt über den Verlauf des 9. März, doch darüber soll Röhm berichten."

Röhm kommt herein und Hitler sagt zu ihm: „Nicht wahr, Du bist auch der Meinung, daß größte Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung bestehen wegen der Vorgänge vom 9. März?!"

Röhm gibt eine Schilderung der Vorgänge vom 9. März, wie sie auch im „Völkischen Beobachter" zu finden ist[103]. Einleitend bemerkt er, daß am Mittwoch abend Himmler ihm nach Berlin telephoniert habe, daß in München alles sehr erregt sei. In allen anderen Ländern gehe es mit der Umbildung der Regierung vorwärts, nur in Bayern rührt sich nichts.

In Röhms Ausführungen spielt eine wesentliche Rolle ein angeblicher Schieß-[104] erlaß des Ministers Stützel vom 9. März[105], der eine tiefgehende, noch heute bestehende Erregung und Verbitterung der S. A. zur Folge gehabt habe.

Hitler zieht, nachdem Röhm geendet hatte, die Schlußfolgerung aus dessen Bericht, daß nämlich eine sehr tiefe Erregung in der S. A. bestehe und macht auch eine Andeutung wegen des sich rührenden furor protestanticus.

Herr von Lex erhebt daraufhin die Frage, ob es denn nun überhaupt noch einen Zweck habe, sich zu besprechen. Liege denn nicht schon eine Entscheidung vor, daß eine gemeinsame Regierung gar nicht in Betracht komme.

Hitler wünscht eine Äußerung von Lex, denn die Entscheidung sei noch nicht gefallen.

---

[101] Handschriftlich gestrichen: „der politische Generalsekretär".

[102] Handschriftlich gestrichen: „der N.S.D.A.P.".

[103] „Reichskommissar v. Epp beruft sechs Staatskommissare", in: Völkischer Beobachter vom 11. 3. 1933, S. 1 f.; „Wie es zum Umschwung in Bayern kam", in: Ebenda vom 19./20. 3. 1933, S. 2.

[104] Handschriftlich gestrichen: „befehl".

[105] Zur „theatralisch-fiktiven" Instrumentalisierung eines angeblichen Schießbefehls durch Röhm und Epp vgl. auch Domröse, NS-Staat, S. 74.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Herr von Lex legt daraufhin dar, daß von bayerischen Gesichtspunkten aus die Bayerische Volkspartei mit über 1,2 Millionen Wählern auch heute noch einen sehr wichtigen Faktor in Bayern darstelle. Es sei doch bedeutungsvoll, wenn man in Bayern zu einer Befriedung komme, nachdem doch in Norddeutschland noch mit mancherlei Unruhen zu rechnen sei[106].

Hitler fragt: „Glauben Sie, daß es möglich ist, eine ehrliche Zusammenarbeit herzustellen?"

v. Lex: „Wenn das Vorgehen auf dem Boden der Achtung und ~~Ehrlichkeit~~ *Gleichberechtigung* erfolgt, würde ich meine letzten Kräfte dafür einsetzen. Dann könnten auch die Personen, die in das Kabinett kämen, zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit gebracht werden. Allerdings müßte eine besondere Möglichkeit geschaffen werden. Wenn nämlich Meinungsverschiedenheiten entstünden, müßte *auch für ihn (Lex), der das Ohr des Herrn Reichskanzlers besitze* die Möglichkeit bestehen, an Hitler persönlich[107] *sich zu wenden* und *auch zugunsten der BVP-Minister* seine Meinung, unter Umständen sogar eine Entscheidung einholen zu können."

Hitler sagt dann, man möge doch zum Zweck der heutigen Besprechung übergehen und darum solle v. Lex angeben, welche Ministerien und Personen er für die Bayerische Volkspartei in Vorschlag bringe.

v. Lex: „Zunächst das Kultusministerium."

Hitler: „Das macht unüberwindliche Schwierigkeiten."

v. Lex legt die Gegengründe dar, die einen moralischen und politischen Anspruch auf das Kultusministerium rechtfertigen.

Hitler: „Nein, das macht die allergrößten Schwierigkeiten!"[108]

v. Lex stellt dann die Frage, wie Hitler es aufnehmen würde, wenn er, von Lex selbst, es ablehnen würde, in die Regierung zu gehen.

Hitler: „Ich habe schon wiederholt gesagt: Ich will keine Nullen, sondern Bullen. Ich habe selbst eine Bullensammlung um mich herum, die mir manchmal viel zu schaffen macht, nicht wahr Röhm?"

Dann sagt er weiter: „Ich habe Sie doch jetzt schon 3 mal rufen lassen, das ist deutlich genug, und ich habe auf unsere Unterredungen doch wirklich viel Zeit verwendet."

Schließlich bricht Hitler die Besprechung ab, er sagt, daß er in den 2 Tagen seines Aufenthalts in München wohl an die hundert Besprechungen gehabt habe. Er wolle sich die Sache nun einmal selber überlegen und einige Tage nach Berlin gehen, von

---

[106] Im Februar und März 1933 kam es im Raum Hamburg zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und SA-Angehörigen. Ihr Höhepunkt waren blutige Straßenkämpfe am 6. 3. 1933 in Altona, die zwei Tote und zahlreiche Verletzte zur Folge hatten. Vgl. „Schwer bewaffnete Kommunisten entfesseln Straßenschlacht in Hamburg", in: Völkischer Beobachter (Norddeutsche Ausgabe) vom 8. 3. 1933, S. 1; Hans-Robert Buck, Der kommunistische Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Hamburg 1933 bis 1945, Augsburg 1969, S. 38 f.

[107] Handschriftlich gestrichen: „Bericht zu erstatten".

[108] Handschriftlich gestrichen: „und nimmt Bezug auf die große Wichtigkeit der Tatsache, die Jugenderziehung in der Hand zu haben."

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wo er am Freitag zurückkehren werde. Die Verhandlungen würden also auf 2 Tage unterbrochen. Dann gibt er präzis und bestimmt seinem Stabschef Röhm den Befehl: „Also Waffenstillstand auf 2 Tage!"

Gegenüber Ritter von Lex bemerkt Hitler noch einmal: 90% sind dagegen, 10% sind dafür, daß wir mit der B.V.P. zusammengehen.

v. Lex: „Also ist die Sache doch schon entschieden?"

Hitler: „Nein, auch wenn nur 10% dafür sind, aber ich komme zu dem Ergebnis, daß es notwendig ist, so wird die Sache gemacht."

v. Lex ersuchte dann noch um die Zusicherung, daß, vor der endgültigen Entscheidung durch Hitler, Hitler und er noch einmal miteinander sprechen würden.

Hitler beendet die Unterhaltung mit den Worten: „Jawohl, ich werde Sie am Freitag vormittag rufen lassen."

Im Laufe der Unterhaltung hatte Hitler bemerkt, daß für Deutschland 2 gewaltige Gefahren entstehen, wenn einer der beiden Fälle eintreten würde:

a) daß in Norddeutschland eine Gegenrevolution in größerem Umfang ausbrechen würde oder

b) daß gegen ihn ein Attentat zur Ausführung gelangen würde.

Nachtrag zur II. Besprechung:

Im Laufe der ersten Besprechung hatte bei der Frage Föderalismus Hitler noch eine Bemerkung in folgendem Sinn gemacht:

Die Bayerische Volkspartei könne ja ruhig ihren Föderalismus weiterpflegen. Er, Hitler, habe ja in allen deutschen Ländern die Ministerpräsidenten eingesetzt und wird mit diesen einheitliche Politik der Reichsregierung machen.

Dokument 2

Aufzeichnung von Hans Ritter von Lex über seine Unterredungen mit Hitler, 19. März 1933[109]

Aufzeichnung

1. Unterredung mit Reichskanzler Adolf Hitler am Montag, den 13. März 1933 vorm. 10 bis 11 Uhr.

Sonntag, den 12. März 1933, 1.15 Uhr *früh* erhielt ich von Dr. Buttmann Mitteilung, daß ich am Montag, den 13. März vormittags 10 Uhr bei Reichskanzler Hitler in dessen Privatwohnung in der Äußeren Prinzregentenstraße mich einfinden solle. Ich wurde um 10 Uhr in ein Zimmer geleitet, in dem ich Herrn Hitler und seinen Privatsekretär Hess vorfand. Herr Hitler führte in der einstündigen Unterredung etwa folgendes aus:

[109] BAB/ZDH, ZB I/1192, Bl. 1209–1229.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Er habe mich als Vertreter des Frontgeschlechtes zu sich gerufen, weil er als alter Soldat bei den Frontkämpfern, auch wenn diese politisch in einem anderen Lager stünden, am ehesten noch Verständnis zu finden hoffe. Er habe sich die Aufgabe gestellt, den Marxismus in Deutschland auszurotten. Er werde diese Aufgabe durchführen, wenn nötig mit allen, auch den letzten Mitteln. Er werde jeden, der bei Erfüllung dieser Aufgabe sich ihm in den Weg stelle, zerschmettern. Der Kampf gegen die K. P. D., diese Sammlung von Zuhältern und Verbrechern, werde wohl keinem Widerspruch begegnen; er müsse aber auch gegen die in der SPD vereinigten Kräfte mit aller Schärfe vorgehen, denn es gelte das Übel an der Wurzel auszurotten. Er habe die Macht dazu in den Händen.

Es gebe Organisationen, wie die Gewerkschaften, die unter Verkennung ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich der Betreuung der Arbeiterschaft sich als eine Stütze des Marxismus betätigt hätten. Wenn die Gewerkschaften diese Einstellung nicht aufgeben würden, sei seine Bewegung gezwungen, auch die Gewerkschaften zu zerschlagen und zu beseitigen. Er habe bereits selbst eine große Gewerkschaft ausgebaut, die ohne weiteres die Aufgabe der Betreuung der Arbeitnehmer übernehmen könne[110]. Wenn die Gewerkschaften sich ihm in den Weg stellen würden, werde seine Bewegung nicht davor zurückschrecken, sämtliche Gewerkschaftshäuser zu schließen. Wenn dagegen die Gewerkschaften die Zeichen der Zeit verstünden, könnte man daran denken, sie einzugliedern.

Es gebe auch Parteien, die als sogen. christliche Parteien keine Stunde ein Bündnis mit dem Marxismus hätten schließen dürfen, diesen vielmehr von der ersten Stunde an hätten aufs Schärfste bekämpfen müssen. Wenn diese Parteien auch heute noch glauben sollten, den Marxismus dulden zu dürfen, vielleicht um ihn sich als Bundesgenossen für später zu erhalten, so würde die Entwicklung auch über diese Parteien hinweg gehen müssen. Er sei sich klar darüber, daß auf dem Boden dieser Parteien einzelne Verbände vorhanden seien, denen die nationale Einstellung und Betätigung nicht abzusprechen sei. Sein Ziel sei diese Verbände, in denen der Geist der Frontsoldaten lebendig sei, zur Mitarbeit im nationalen Staat zu gewinnen.

Seine zweite große Aufgabe erblicke er in der Herstellung der willensmäßigen Einheit der deutschen Nation. Die Weimarer Verfassung habe den Ländern das Recht einer vom Reich abweichenden politischen Willensbildung gelassen. Er sei in seiner Oppositionszeit selbst Föderalist gewesen, sei jedoch inzwischen zur Überzeugung gekommen, daß die Weimarer Verfassung eine Fehlkonstruktion sei. Die Bismarck'sche Verfassung habe einen Föderalismus zulassen können, weil an der Spitze der Länder Fürsten gestanden seien, die soviel politische Erziehung und Tradition besessen hätten, daß sie niemals gegen das Reich in der Öffentlichkeit Politik gemacht hätten. Die demokratischen Führer der Länder nach der Weimarer Verfas-

[110] Gemeint ist die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation, die nach der Gründung der Deutschen Arbeitsfront am 10. 5. 1933 rasch an Bedeutung verlor und am 23. 6. 1934 verboten wurde. Vgl. Gunther Mai, Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus, in: VfZ 31 (1983), S. 573–613.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sung hätten sich nicht gescheut, zum Erstaunen und zur Freude des Auslandes in öffentlichen Versammlungen, in der Presse, im Rundfunk gegen die Reichsregierung zum Teil auf das Schärfste Stellung zu nehmen. Das sei seit 10 Jahren so. Das Reich habe nicht gegen einzelne Länder vorgehen können, sondern habe dann jeweils gegen alle Länder Vorschriften und Maßnahmen erlassen, die fortschreitend die Eigenstaatlichkeit der Länder ausgehöhlt hätten. Es sei so gewesen, daß es Länder gegeben habe, in denen die rechtsstehenden Kreise am Ruder gewesen und gegen eine links orientierte Reichsregierung Stellung genommen hätten. Diese Länder hätten das Bestreben in sich gehabt, andere Länder im gleichen Sinne zu beeinflussen und so eine Macht gegen die Reichsregierung zu bilden. Später sei es dann so gekommen, daß gegen eine rechts eingestellte Reichsregierung links orientierte Länder angekämpft hätten. Das habe zu einem ewigen Kampf zwischen der Reichsregierung und den Ländern geführt, der immer auf Kosten sämtlicher Länder gegangen sei.

Ich wandte ein, daß wir bei dieser Auffassung in Bayern zehn Jahre lang hätten marxistisch regieren müssen, um den Gegensatz zu den links eingestellten Reichsregierungen zu vermeiden. Wir seien aber stolz darauf gewesen, aus der konservativen Grundeinstellung Bayerns heraus, auch gegenüber links orientierten Reichsregierungen unsere Grundlinie durchzuhalten. Herr Hitler fuhr fort:

Man habe jetzt das Schlagwort von der Gleichschaltung zwischen Reich und Ländern gebildet. Dieses Schlagwort sei flach und nicht auf eine Gleichschaltung komme es an, die immer mit erheblichen Reibungen verbunden sei, sondern darauf, daß von vorneherein in Reich und Ländern ein einheitlicher Wille gebildet werde. Von diesem Gesichtspunkt aus sei es ein Unsinn, daß es Parteien gebe, die von vorneherein nur auf ein Land begrenzt seien und damit als ihre Hauptaufgabe ansähen, aus ihrem begrenzten Feld heraus, die Interessen eines Landes zur Richtschnur ihrer Politik zu machen.

Das seien die Grundgedanken seiner politischen Einstellung; er richte an mich die Frage, ob das Frontgeschlecht in der Bayerischen Volkspartei bereit sei, mitzuarbeiten. Er glaube, daß es zweckmäßig wäre, wenn die Frontkämpfer auf beiden Seiten sich zusammensetzen und die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit in den Grundzügen durchsprechen würden, um zu klären, ob eine Zusammenarbeit überhaupt möglich sei.

Er ersuche mich, seine Gedankengänge durchzudenken und mich nachmittags, wenn er mich wieder rufen lassen werde, darüber zu äußern.

Ich erwiderte Herrn Hitler, daß ich jetzt schon und zwar nicht nur für die Frontkämpfergeneration in der Bayernwacht und Bayerischen Volkspartei, sondern für die Gesamtpartei die Versicherung abgeben könne, daß in der ganzen Partei der Wille zur Mitwirkung am großen nationalen Aufbauwerk bestehe. Ich richtete an Herrn Hitler die Frage, ob unsere Unterredung und ihr Inhalt geheim gehalten werden müsse, ich müsse unbedingt Gewicht darauf legen, von dem Inhalt dieser wichtigen Unterredung meinen führenden Parteifreunden Mitteilung zu machen.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Herr Hitler erwiderte, dazu sei ich ohne weiteres ermächtigt, dagegen lege er Wert darauf, daß die Unterredung auf keinen Fall der Öffentlichkeit und in der Presse bekannt werde.

Die Unterredung war um 11 Uhr beendet.

2. Besprechung mit Reichskanzler Adolf Hitler
am 13. März 1933 von 18.45 bis 20.15 Uhr.

Die Besprechung fand im Braunen Haus statt. Zugegen waren während der ganzen Unterredung Privatsekretär Hess und Reichsinnenminister Dr. Frick. Einleitend erklärte ich Herrn Hitler, daß ich nach Besprechung mit maßgebenden Parteifreunden für meine Person als Frontkämpfer, für die Bayernwacht als Trägerin des Wehrgedankens in der Partei und für die ganze Partei folgende Erklärung abgeben könne.

Die Bayerische Volkspartei sei mit der Niederringung des Marxismus einverstanden, aber in Formen, die dem christlichen Sittengesetz entsprechen. Hinsichtlich des Kommunismus, der sich selbst außerhalb des Staates gestellt habe, der die ganze christliche Kultur mit tödlicher Feindschaft bekämpfe, könne die Bayerische Volkspartei in weitest gehendem Maße mitgehen. Daß man das deutsche Volk auch unter Anwendung strengster Methoden von dieser Verseuchung befreie, sei gemeinsame Foderung aller vaterländisch gesinnten Kreise. Bei der Sozialdemokratie handle es sich um eine Richtung des Marxismus, der gegenüber man weniger die physische Ausrottung als die geistige Überwindung anwenden solle.

Zur Erläuterung des Vorbehaltes „Wahrung des christlichen Sittengesetzes" führte ich folgendes an:

Es widerspreche nicht unserem christlichen Gewissen, wenn die politischen Machthaber beispielsweise 1000 Funktionäre der Sozialdemokratie in Schutzhaft nähmen unter menschenwürdiger Behandlung, um eine Gegenaktion in den Tagen der Umwälzung hintan zu halten. Man könne es auch damit vereinbaren, wenn nach Erringung der staatlichen Gewalt durch die nationale Revolution gegen Gegenrevolutionäre in gesetzlichen Formen unter Einschaltung einer Gerichtsinstanz schärfstens vorgegangen werde. Nicht mehr könnte man es dagegen mit dem christlichen Gewissen vereinbaren, wenn etwa eine terroristische Entwicklung in der Form ein[111]*setzen* würde, daß politische Gegner willkürlich gegriffen und an die Wand gestellt würden. Die Geschichte der Revolutionen zeige, daß die Gefahr einer terroristischen Entwicklung bei großen Umwälzungen [112]*gegeben* sei. Vor solchen Methoden müßte aus dem christlichen Gewissen heraus eindringlichst gewarnt werden.

Was die Sozialdemokratie anlange, so könne doch darauf hingewiesen werden, daß nach dem Ergebnis der letzten Wahl ihre geistige Aushöhlung durch die NSDAP bereits beträchtliche Fortschritte gemacht hätte. Nach den Wahlziffern sei

[111] Handschriftlich gestrichen: „gesetzt".
[112] Handschriftlich gestrichen: „eine Große".

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

doch anzunehmen, daß der Stamm der Jungwähler, der in normalen Zeiten der SPD zugeflossen wäre, zu einem großen Teil von der NSDAP angesogen worden sei.

Herr Hitler schaltete hier ein, daß die geistige Aushöhlung nur dann Erfolg verspreche, wenn sie gleichzeitig auf einen eisernen Machtwillen sich zu stützen vermöge. Nur eine Bewegung, die zeige, daß sie ihr Gedankengut auch unter Einsatz der gesamten ihr innewohnenden physischen Gewalt durchzusetzen bereit sei, vermöge eine wirkliche geistige Durchdringungskraft auszuüben.

Ich fuhr dann fort: Auch zur Mitwirkung an der nationalen Aufbauarbeit der Reichsregierung oder, wie der Herr Reichskanzler es bei der Besprechung am Morgen ausgedrückt habe, zur Herstellung der willensmäßigen Einheit der deutschen Nation sei die Bayerische Volkspartei bereit. Sie müsse jedoch festhalten an den staatlichen Lebensrechten Bayerns. Der Herr Reichskanzler habe am Vormittag davon gesprochen, daß es notwendig sei, den Willen in Reich und Ländern von vorneherein einheitlich zu bilden. Die Bayerische Volkspartei anerkenne dies für weite Gebiete, so für die Außenpolitik, die ja heute schon vom Reiche ausschließlich geleitet sei, für die Wehrpolitik, für die große Wirtschaftspolitik. Sie sei aber der Überzeugung, daß es daneben Gebiete des staatlichen Lebens gebe, die den Ländern vorbehalten bleiben müssen. Ich wies hin auf die Kulturpolitik, d. h. auf die eigenberechtigte Pflege der kulturellen Belange in den Ländern. Die Bayerische Volkspartei müsse beispielsweise darauf hinweisen, daß Bayern das Recht habe, an seiner fest eingewurzelten Bekenntnisschule festzuhalten. Bayern müsse seine Justizverwaltung behalten, müsse seine Polizeihoheit wieder bekommen. Auch unter Geltung der Notverordnung vom 28. Februar 1933, die den Ländern auf dem Gebiete des *Polizei*Rechtes das Rückgrat gebrochen habe, müsse man solche Forderungen erheben, denn man dürfe doch wohl davon ausgehen, daß der Zustand, wie ihn diese Notverordnung geschaffen habe, ein Ausnahmezustand sei, der wieder normalen Verhältnissen Platz machen werde[113].

An dem föderalistischen Grundgefüge des Reiches halte die Bayerische Volkspartei fest. Herr Hitler erwiderte hier: Er hätte sich zum preußischen Ministerpräsidenten wählen lassen können und hege keinen Zweifel, daß dies wohl erfolgt wäre. Er habe jedoch keinen Wert darauf gelegt, Ministerpräsident eines Landes zu werden. Er wolle sich in die einzelnen Angelegenheiten eines Landes nicht einmischen. Wenn die Bayerische Volkspartei an ihren föderalistischen Prinzipien festhalte, so müsse er darauf hinweisen, daß sämtliche deutsche Ministerpräsidenten von seiner Partei gestellt würden und seinen Weisungen unterstünden und daß damit die Einheit der Politik in sämtlichen Ländern hergestellt sei.

Ich erklärte weiter: Die Bayerische Volkspartei sei bereit zu ehrlicher Zusammenarbeit, aber auf dem Boden der Achtung und der Gleichberechtigung. Eine Zusam-

[113] Nach der Reichstagsbrandverordnung hatten Landes- und Kommunalbehörden den Maßnahmen der Reichsregierung „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" Folge zu leisten. Vgl. Thomas Raithel/Irene Strenge, Die Reichstagsbrandverordnung. Grundlegung der Diktatur mit den Instrumenten des Weimarer Ausnahmezustands, in: VfZ 48 (2000), S. 413–460.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

menarbeit, die uns die Rolle von Knechten und Parias der nationalen Erneuerung ansinnen würde, wäre für eine Weltanschauungspartei, die sich in allen Stürmen, auch bei der letzten Wahl, glänzend gehalten habe, nicht tragbar. Wir müßten daher Gleichberechtigung für die Bayerische Volkspartei und ihre Unterorganisationen mit der NSDAP und deren Wehrverbänden fordern.

Hier schaltete der Reichskanzler ein: „Was verstehen Sie unter Gleichberechtigung zwischen Bayerischer Volkspartei und NSDAP?"

Ich erklärte, wir verstehen darunter nicht die zahlenmäßige Gleichberechtigung, sondern die wertmäßige Gleichachtung und Gleichberechtigung. Um ein Beispiel aus dem mir am nächsten stehenden Verband, der Bayernwacht, anzuführen, so darf ich auf folgendes hinweisen: Bei der wehrpolitischen Ertüchtigung der Jugend müssen Bayernwacht und SA gleichberechtigt nebeneinander stehen. Wenn der Staat Mittel für diese Ertüchtigung auswirft, müssen SA und Bayernwacht daran beteiligt werden. Wenn der Staat die Wehrverbände als Notpolizei verwendet, müsse die Bayernwacht neben der SA herangezogen werden.

Herr Hitler nahm dies wortlos zur Kenntnis.

Als Teilnehmer an der Vorbesprechung würden wir vorschlagen auf jeder Seite den Fraktionsvorsitzenden und drei Vertreter des Frontgeschlechtes. Das bedeute, daß von Seiten der NSDAP Dr. Buttmann, von Seiten der Bayerischen Volkspartei Dr. Wohlmuth teilnehme. Auf Letzteren würde ich deshalb Gewicht legen, weil der Mann, der die Politik der letzten Jahre auf unserer Seite entscheidend beeinflußt habe, auch bei den jetzigen Besprechungen dabei sein sollte.

Herr Hitler erklärte darauf: „Lassen Sie doch diese alten Politiker und Parteiführer aus dem Spiele. Ich will doch mit Frontsoldaten verhandeln."

Ich nannte daraufhin unseren Parteivorsitzenden und wies darauf[hin], daß dieser Frontsoldat sei, vor Verdun gekämpft habe und verwundet worden sei. Herr Hitler entgegnete, er habe persönlich nichts gegen Schäffer, dieser sei jedoch beim Herrn Reichspräsidenten nicht genehm, man dürfe die Partei mit Schäffer jetzt nicht belasten. Daraufhin nannte ich den Grafen Quadt, aktiven Offizier und Frontsoldaten. Herr Hitler erklärte, Quadt sitze jetzt schon vier Jahre in der Reichstagsfraktion. Die Arbeit in den Reichstagsfraktionen verderbe politisch die Leute. Als der daneben sitzende Reichsminister Dr. Frick, der ja auch schon lange im Reichstag tätig ist, meines Erachtens ein etwas erstauntes Gesicht machte, fügte Herr Hitler lächelnd bei, ich meine natürlich die Arbeit in den Fraktionen der alten Parteien. Sehen Sie, sagte Herr Hitler, dieser Herr Quadt hat mich am 9. März in Berlin geradezu bestürmt, daß ich von der Einsetzung eines Kommissars in Bayern absehen solle, dabei wäre es doch politisch das einzig Richtige gewesen, wenn er sich sofort ans Telefon gehängt hätte und seine Freunde in München bestürmt hätte, doch den einzig richtigen Weg zu gehen, Herrn von Epp freiwillig als Generalstaatskommissar herauszustellen und damit Bayern den Reichskommissar zu ersparen.

Ich entgegnete Herrn Hitler, daß es für mich eine außerordentliche Verantwortung bedeute, hier ganz allein zu verhandeln und für eine große Partei Vereinbarungen treffen zu müssen. Ich würde wenigstens wünschen, noch eine Persönlichkeit

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aus meinen Reihen zuziehen zu können. Herr Hitler entgegnete nach kurzem Nachdenken: Nein, ich wünsche, daß Sie allein kommen. Er halte nichts von den üblichen Koalitionsbesprechungen, in denen man vorbiete und feilsche. Er ersuche mich die Angelegenheit mit meinen Freunden weiter zu klären und ihm einen Vorschlag zu überbringen über die Ministerien, die meine Partei haben möchte, und über die Persönlichkeiten, die wir für diese Ministerien in Vorschlag bringen würden. Ob es überhaupt zu einer Zusammenarbeit komme, wisse er noch nicht. Die letzten Gemeindewahlen in Preußen hätten gezeigt, daß die Kommunisten bis zu 60% weiterhin ausgerottet worden seien, auch das Zentrum habe abgenommen, seine Partei habe erneut zugenommen, so z.B. in Köln, wo 4000 Stimmen gewonnen worden seien[114]. Ich entgegnete dem gegenüber, daß aber meines Wissens in einer anderen rheinischen Stadt die NSDAP um 15000 Stimmen abgenommen habe[115].

Herr Hitler erwiderte, das Gesamtergebnis sein, daß seine Partei noch in starkem Vormarsch begriffen sei. Es mehrten sich die Stimmen derer, die der Auffassung seien, daß die NSDAP sich durch ein Zusammengehen mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei schwächen werde. Es bestehe die Gefahr, daß der Furor Protestantikus erwache. Man habe ihm schon die Verhandlungen im letzten Spätherbst mit dem Zentrum[116] außerordentlich verargt. Ich müßte verstehen, daß er aus Sentimentalität heraus nicht etwa sich zu einem Fehler in der grundsätzlichen Führung seiner Politik dürfe hinreißen lassen.

Gerade in Bayern habe man die NSDAP unglaublicherweise jahrelang ausgeschaltet, und in Bayern hat man am 9. März wiederum unerhörte Fehler begangen. Er sei empört über den Schießerlaß des Minister Stützel. Es wäre furchtbar gewesen, wenn es hier zu einem Blutbad gekommen wäre. Ein Schrei der Empörung wäre durch seine SA und seine Anhänger in ganz Bayern geflogen. Ein Schrei der Empörung wäre durch das ganze Reich gegellt. Es hätte die Gefahr bestanden, daß Bayern in einem Blutbad überhaupt ausgelöscht worden wäre.

Ich erwiderte, daß meines Wissens kein Schießbefehl vorgelegen sei, daß im Gegenteil im Ministerrat bereits vormittags Einverständnis darüber bestanden habe, daß nicht geschossen werden dürfe. Ich hielte diesen Punkt für außerordentlich wichtig, er müsse einwandfrei und objektiv unter allen Umständen geklärt werden.

---

[114] Bei den preußischen Stadtverordnetenwahlen am 12. 3. 1933 erzielten die Parteien in Köln folgende Stimmenergebnisse im Vergleich zu den Reichstagswahlen vom 5. 3. 1933 (in Klammern): NSDAP 146.760 (146.354), SPD 48.794 (63.924), KPD 41.762 (80.221), Zentrum 104.847 (113.139), DNVP 20.147 (24.973), DVP 5.251 (7.142). Nur bei der Betrachtung der männlichen Wähler allein gewann die NSDAP im Vergleich zu den Reichstagswahlen vom 5. 3. 1933 etwa 4.000 Stimmen hinzu (77.607 bzw. 73.434 Stimmen).

[115] In Düsseldorf erhielt die NSDAP 101.751 Stimmen gegenüber 115.593 bei der Reichstagswahl vom 5. 3. 1933.

[116] Vgl. dazu Rudolf Morsey, Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und „Nationaler Erhebung" 1932/33, Stuttgart/Zürich 1977, S. 76 f.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Herr Hitler erklärte dann noch, daß er in der Nacht noch seine *fränkischen* Führer hören wolle[117], er werde mich am anderen Morgen wieder zu sich bitten lassen.

3. Besprechung mit Reichskanzler Adolf Hitler am Dienstag, den 14. März 1933 von 21.15 bis 22.45 Uhr im Braunen Haus.

Bei dieser Besprechung war zunächst der Privatsekretär Adolf Hitlers, Herr Hess, anwesend. Herr Hitler erklärte einleitend, daß in der SA und bei den fränkischen Führern große Erregung darüber entstanden sei, daß die Bayerische Volkspartei in die Regierung hinein genommen werden solle. Bei der SA habe besonders der Verlauf des 9. März, an dem es infolge des Widerstandes der Regierung Held und der Weisung des Minister Stützel zu einem furchtbaren Blutbad hätte kommen können, große Erbitterung erregt. Ich schaltete hier ein, daß nach meinen Erkundigungen ein Schießbefehl nicht vorgelegen habe, daß im Gegenteil, wie ich schon einmal gesagt hätte, im Ministerrat bereits am Morgen Übereinstimmung dahin bestanden habe, daß nicht geschossen werden solle.

Hier mischte sich Privatsekretär Hess in das Gespräch ein und sagte, daß er bestimmt gehört habe, daß der Polizeioffizier im Landtag vom Minister Stützel persönlich den Befehl erhalten habe, die Straße mit allen Mitteln zu räumen.

Herr Hitler erklärte: Wir wollen Röhm hören, er soll über die Erregung bei der SA wegen der Vorgänge am 9. März berichten.

Als Röhm erschien, sagte Herr Hitler: ich habe Herrn von Lex mitgeteilt, daß die furchtbare Erbittung bei der SA wegen der Vorgänge am 9. März ein Zusammengehen mit der Bayerischen Volkspartei außerordentlich erschweren [sic]; ich bitte Dich über den 9. März zu berichten, damit man versteht, warum wir über die Vorgänge an diesem Tage so erbittert sind.

Stabschef Röhm berichtete nun folgendes: Der SS-Führer Himmler habe ihn in Berlin am 8. März angerufen und ihm mitgeteilt, in Bayern tue sich etwas. Die SA sei sehr erregt darüber, daß der Sieg der nationalen Revolution am 5. März in München sich nicht auswirke. Er sei sofort nach München gefahren. In einer in Hitlers Zimmer im Braunen Haus abgehaltenen Besprechung sei dann vereinbart worden, die bayerische Regierung zu ersuchen, dem Ergebnis des 5. März von sich aus Rechnung zu tragen.

Reichsinnenminister Frick habe am 9. März früh angerufen und erklärt, nach ihm gewordenen Nachrichten sei die öffentliche Ruhe und Ordnung in Bayern gefährdet. Er beabsichtige einen Reichskommissar einzusetzen. Er (Röhm) habe Frick gebeten, noch abzuwarten. Frick habe darauf hingewiesen, daß er um 2 Uhr nach Frankfurt fliegen müsse, bis dahin müsse er klar sehen.

Röhm sei dann mit Himmler und Wagner um 11 Uhr vormittags zu Held gegangen und habe ihm vorgeschlagen, zur Vermeidung eines Eingreifens des Reiches von sich aus Herrn von Epp als Generalstaatskommissar zu bestellen. Ministerpräsident

[117] Siehe Anm. 95.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Held habe zugesagt, diese Anregung im Ministerrat zu vertreten. Er (Röhm) habe gebeten, die Entscheidung möglichst bald zu erhalten, da er dem Reichsinnenminister Dr. Frick bis 2 Uhr Mitteilung machen soll. Held habe erklärt, die Herren müssen doch erst zu Mittag essen. Bis 4 Uhr könne Röhm eine Entscheidung haben.

Hier schaltete Herr Hitler ein: „Das Mittagessen war ihnen wichtig. Wir sind wochenlang erst um 11 Uhr nachts zum Essen gekommen."

Röhm fuhr dann fort, daß es ihm wenigstens gelungen sei, die Entscheidung bereits für 3.15 Uhr zugesichtert zu erhalten. Um 1.15 Uhr nach Verlassen des Ministeriums des Äußeren habe er dem Reichskanzler und dem Reichsinnenminister von seinem Vorschlag und von der Zusage des Herrn Held Kenntnis gegeben.

Hitler erklärte, er sei glücklich gewesen, wie er in Berlin diese Lösung erfahren habe. Man solle doch nicht glauben, daß es ihm Freude gemacht habe, auch für Bayern einen Reichskommissar zu entsenden. Er habe die Mitteilung Röhms sofort nach ihrem Empfang dem Herrn Reichspräsidenten mitgeteilt. Dieser habe erwidert, das sei recht, wenn Bayern selbst seine Sache in Ordnung brächte. Es sei doch peinlich, von Berlin aus eingreifen zu müssen.

Röhm fuhr dann fort. Um 3.15 Uhr habe ich Herrn Held angerufen und es wurde ihm gesagt, es werde noch eine Viertelstunde dauern. Er habe dabei gefragt, ob Epp denn überhaupt in München sei. Er (Röhm) habe geantwortet, Epp sei hier und werde nachmittags gemeinsam mit ihm bei Held erscheinen.

Um 3.40 Uhr habe er sich dann mit Epp, Wagner und Himmler in das Ministerium des Äußeren begeben. Dort habe Ministerpräsident Held ihm mitgeteilt, der Ministerrat könne den Vorschlag der Ernennung eines Generalstaatskommissars nicht annehmen. Er lasse sich nicht von der SA unter Druck setzen. Die bayerische Regierung sei selbst in der Lage Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Röhm fuhr fort, besonders habe es ihn gekränkt, daß Ministerpräsident Held im weiteren Verlauf der Verhandlungen behauptet habe, das Vorgehen Röhms stehe gar nicht im Einklang mit dem Willen des Herrn Reichskanzlers. Er habe sofort bei Hitler angerufen, der habe ihm gesagt, daß er mit Held überhaupt nicht gesprochen habe. Herr Held habe erwidert, er habe mit Brückner[118] gesprochen. Eine sofortige fernmündliche Rückfrage bei Brückner habe ergeben, daß mit Brückner wegen der Einsetzung eines Generalstaatskommissars in Bayern kein Wort gesprochen worden sei.

Herr Held habe dann auch noch erklärt, daß er mit Frick gesprochen habe. Röhm habe erwidert, das sei wohl schwerlich möglich, weil doch Frick bereits nach Frankfurt unterwegs sei. Es habe sich dann herausgestellt, daß lediglich der Sekretär des Innenministers, Ministerialdirektor Sperr[119] gefragt worden sei, ob ein Reichskom-

[118] Wilhelm Brückner (1884–1954), Chefadjutant Hitlers.

[119] Ministerialdirektor Franz Sperr war der bayerische Gesandte und „bevollmächtigte Minister" beim Reich. Die Textformulierung dürfte auf einem Hörfehler beruhen und vielleicht in dem Sinne zu verstehen sein, daß der Sekretär des Innenministers von Ministerialdirektor Sperr gefragt worden sei, ob ein Reichskommissar schon ernannt worden sei.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

missar für Bayern schon ernannt sei. Das sei verneint worden, weil ja Frick auf die Mitteilung Röhm [sic] warten wollte.

Röhm schilderte dann noch, daß er um 6 Uhr von Ministerpräsident Held angerufen worden sei und mit der Nachricht überrascht worden sei, daß eine Mitteilung des Herrn Meissner aus dem Büro des Herrn Reichspräsidenten vorliege, daß Reichspräsident und Reichsregierung in Bayern nicht eingreifen wollten und daß nicht beabsichtigt sei, in Bayern einen Reichskommissar zu ernennen, sofern die bayerische Staatsregierung in der Lage sei, mit eigenen staatlichen Mitteln die öffentliche Ruhe und Sicherheit aufrecht zu erhalten.

Hier erklärte Herr Hitler, es sei unglaublich, daß man auch diese Erklärung noch ausgespielt habe, dabei sei es doch so gewesen, daß der Herr Reichspräsident diese Erklärung deshalb habe abgegeben [sic], weil er geglaubt habe, daß nach seiner Zusicherung von Ministerpräsident Dr. Held General von Epp freiwillig zum Generalstaatskommissar bestellt werde.

Hier schaltete ich nachdrücklichst ein, daß Herr Dr. Held nach bayerischem Staatsrecht gar nicht in der Lage gewesen sei, von sich aus Herrn von Epp als Generalstaatskommissar in Bayern einzusetzen, das sicher auch gar nicht gemeint habe, sondern den Ministerrat gebraucht habe. Es scheine mir hier ein Mißverständnis in dieser Richtung auf der anderen Seite vorzuliegen, daß man eben der Erklärung Helds eine Bedeutung beigemessen habe, die ihr einfach nicht zukommen könnte. Ich müsse daher dringend bitten, die Schuld für den 9. März nicht auf dieser, von Herrn Dr. Held lediglich für seine Person, abgegebenen Erklärung aufzubauen. Dr. Held habe ja doch nach eigener Angabe von Stabschef Röhm erklärt, daß er diesen Vorschlag im Ministerrate vortragen werde.

Hier erwiderte Röhm: Mir sagte er, er werde sich nachdrücklichst dafür einsetzen.

Ich erwiderte hierauf, daß Dr. Held dies wohl auch getan habe, aber eben mit seiner Ansicht unterlegen sei.

Röhm wies darauf hin, daß trotz der immer bedrohlicher werdenden Menschenansammlung die bayerische Regierung nicht gewichen sei, daß im Gegenteil Minister Stützel noch abends 6 Uhr befohlen habe, die Prannerstraße mit allen Mitteln zu räumen. Der im Landtag kommandierende Hauptmann habe sich persönlich fernmündlich mit Minister Stützel ins Benehmen gesetzt und habe die Weisung erhalten „mit allen Mitteln zu räumen." Der im Landtag kommandierende Hauptmann habe sich persönlich fernmündlich mit Minister Stützel ins Benehmen gesetzt und habe die Weisung erhalten, „mit allen Mitteln zu räumen". Dieser einfache Landespolizeihauptmann habe die Situation richtig erfaßt. Er habe sich an ihn (Röhm) gewandt und ihm gesagt, welchen Befehl er erhalten habe und daß er die Verantwortung einfach nicht tragen könne.

Hier schaltete Hitler ein: „Röhm, wenn ein Offizier einen Befehl erhält, die Straße ‚mit allen Mitteln zu räumen', so muß doch dieser Offizier nötigenfalls auch schießen lassen?" Röhm bejahte diese Frage.

Ich entgegnete darauf, das sei nicht richtig. Wenn dieser Offizier vorher erfahren habe, daß nicht geschossen werden solle, dann heiße „mit allen Mitteln zu räumen"

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Räumung mit quer gehaltenen Gewehren, Räumen mit Gummiknütteln, Räumung mit Feuerwehrspritze, aber eben nicht Räumung unter Anwendung der Schießwaffe.

Ich fuhr dann fort: Wenn die Erregung in der SA gegen ein Zusammengehen mit der Bayerischen Volkspartei so groß ist, wie sie mir geschildert wird, hat es dann überhaupt noch einen Sinn, die Frage einer Zusammenarbeit, einer Koalition, zu erörtern? Herr Hitler sagte, eine Entscheidung sei noch nicht gefallen.

Daraufhin führte ich aus: Die Bayerische Volkspartei hat in den letzten Wahlen wiederum 1,2 Millionen Wähler vereinigt, einen festen unerschütterlichen Block. Die nationale Revolution könne in Norddeutschland noch vor schwere Kämpfe gestellt sein. Es müsse doch für den Führer der nationalen Bewegung eine Beruhigung sein, im Süden Deutschlands ein Land zu wissen, in dem alle nationalen Kräfte einträchtig zusammenarbeiten würden. Er müßte doch selbst Wert darauf legen, den Rücken frei zu haben, ja unter Umständen aus Bayern noch Kräfte zur Unterstützung seines Kampfes im Notfall herausziehen zu können.

Herr Hitler erwiderte mit der Gegenfrage: „Glauben Sie denn daran, daß eine wirkliche Zusammenarbeit zwischen NSDAP und Bayerischer Volkspartei überhaupt möglich ist?"

Ich erwiderte, wenn die Zusammenarbeit wirklich auf dem Boden der Achtung und der Gleichberechtigung erfolgt, so würde ich alles, auch das Letzte aufbieten, um eine wirkliche ehrliche Zusammenarbeit herbeizuführen. Voraussetzung sei dabei allerdings, daß man den von der Bayerischen Volkspartei abgestellten Kabinettsmitgliedern keine Zumutungen stelle, die mit ihrem Gewissen wirklich nicht mehr zu vereinbaren wären. In solchen grundlegenden Fragen müßte ich, der ich doch anscheinend ein gewisses Vertrauen bei Herrn Reichskanzler Hitler genösse, das Recht haben, an ihn zu appellieren, ihm zu sagen: Hier können wir einfach nach unserem Gewissen nicht mehr mitmachen. Wir bitten Sie, in diesem Falle gegen Ihre Leute zu entscheiden, sonst müßten wir aus unserem Gewissen heraus, wieder hinaus gehen.

Hitler nahm diese Bemerkung wortlos zur Kenntnis und erwiderte: „Nun wolle man zum eigentlichen Zweck der Besprechung übergehen. Welche Ministerien würden gefordert und welche Persönlichkeiten würden vorgeschlagen?"

Ich erklärte, daß unsere Partei Hauptgewicht auf das Kultusministerium lege, daß wir daneben das Justizministerium und einen Staatssekretär für Landwirtschaft beanspruchen müßten.

Herr Hitler erwiderte spontan: „Das Kultusministerium macht unüberwindliche Schwierigkeiten."

Ich erwiderte, daß der katholische konservative Volksteil Bayerns, der hinter der Bayerischen Volkspartei stehe, es besonders schmerzlich empfinden würde, wenn das Kultusministerium, dem ja auch die Behandlung wesentlicher kirchlicher Belange zukomme, nicht mehr in den Händen der BVP liegen würde. Herr Hitler sagte noch einmal: „Nein, das Kultusministerium, das macht die allergrößten Schwierigkeiten."

Zur Frage der Persönlichkeiten erklärte ich, daß meine Partei für die beiden Ministerien Schäffer und mich vorschlagen würde, auch für den Staatssekretär für Land-

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wirtschaft stünden uns Frontkämpferpersönlichkeiten, wie Herr Hitler sie in der ersten Unterredung erwähnt habe, genügend zur Verfügung. Ich könne hier z.B. hinweisen auf den Reichstagsabgeordneten Regierungsrat Dr. Graf[120], der bei der Beseitigung des Separatisten[121] Heinz Orbis[122] maßgebend aktiv beteiligt gewesen sei, auf den Grafen Quadt[123] und ähnliche Persönlichkeiten.

Herr Hitler erklärte, Schäffer werde schwer tragbar sein, der Herr Reichspräsident sei gegen ihn eingenommen; er selbst sei auch ungehalten darüber, daß Herr Schäffer in der letzten Unterredung beim Herrn Reichspräsidenten, über ihn, den Kanzler, eine abfällige Bemerkung gemacht habe.

Ich fragte sofort, welche Bemerkung das gewesen sei, es sei mir wichtig, solche Punkte aufzuklären. Herr Hitler äußerte sich nicht näher.

Ich fuhr dann fort: Persönlich ist es mir außerordentlich peinlich, daß ich selbst als Unterhändler von meiner Partei für ein Ressort vorgeschlagen bin, ich möchte Herrn Hitler fragen, wie er es aufnehme, wenn ich es ablehnen würde, in die Regierung hineinzugehen.

Herr Hitler erwiderte: Die Parteiführer und Parteipolitiker drüben haben abgewirtschaftet. Ich will keine Nullen, sondern Bullen. Ich habe selbst eine Bullensammlung um mich herum, die mir manchmal viel zu schaffen macht; nicht wahr, Röhm! Ich habe Sie jetzt dreimal rufen lassen, und auf unsere Unterredung viel Zeit verwendet. Das ist doch deutlich genug.

Es war inzwischen fast $^3/_4$ 11 Uhr nachts geworden. Herr Hitler erhob sich und sagte mir, er habe in diesen Tagen in München hundert Besprechungen gehabt, er müsse jetzt nach Berlin und wolle jetzt einige Tage aus München heraus. Er werde die bayerische Angelegenheit in Berlin mit dem Vizekanzler und mit dem Herrn Reichspräsidenten besprechen, der sich für Bayern stark interessiere. Die Verhandlungen würden auf zwei Tage unterbrochen.

Er wandte sich dann unmittelbar an Röhm und sagte: Also Röhm, es wird hier alles abgestoppt, am Freitag bin ich wieder hier.

Zu mir bemerkte er dann noch: Die Sache ist ungeheuer schwierig. Es haben sich sehr viele Meinungen dagegen ausgesprochen.

Als ich erklärte: Dann ist die Sache doch wohl schon entschieden; äußerte Hitler nachdrücklich: Nein, und wenn sich 90 dagegen ausgesprochen haben, und 10 dafür, und ich komme zu dem Ergebnis, daß es notwendig ist, dann wird die Sache gemacht.

Jetzt müsse er unter allen Umständen nach Berlin.

---

[120] Dr. Otto Graf (1894–1953), Regierungsrat, 1932–1933 MdR (BVP).

[121] Handschriftlich gestrichen: „heims". Die ursprüngliche Schreibung „Separatistenheims Orbis" beruht offensichtlich auf einem Hörfehler.

[122] Der „Präsident" der separatistischen „Autonomen Regierung der Pfalz", Franz-Josef Heinz (Orbis), fiel am 9. Januar 1924 in Speyer einem Attentat zum Opfer. Anführer des Mordkommandos war Edgar Julius Jung, in dessen antiseparatistischer „Abwehrstelle" auch sein enger Freund Otto Graf tätig war. Vgl. Helmut Gembries, Verwaltung und Politik in der besetzten Pfalz zur Zeit der Weimarer Republik, Kaiserslautern 1992, S. 319–325.

[123] „Grafen Quadt" in der Vorlage doppelt unterstrichen, doppelter Strich am linken Textrand.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auf meine Äußerung, ich hoffe, daß in diesen Tagen sich nicht irgend etwas dazwischen schiebe, erklärte Hitler: Eines möchte ich Ihnen sagen im Anschluß an die Äußerung des Grafen Arco[124]: Wenn gegen mich ein Attentat unternommen würde, was glauben Sie, was dann die Folge wäre? Ich erwiderte aus ehrlicher Überzeugung: Das würde das Chaos für Deutschland bedeuten. Ich fuhr dann fort: Wie soll ich die Erwähnung von Arco verstehen? Herr Reichskanzler werden doch nicht die törichte Äußerung dieses jungen Mannes der Bayerischen Volkspartei an die Rockschöße hängen wollen, dagegen müßte ich feierlichst Verwahrung einlegen.

Herr Hitler erklärte, daran denke er nicht.

Ich fuhr fort, ob der Hinweis auf eine Attentatsäußerung des Grafen Arco bedeute, daß der Reichskanzler nicht mehr nach München kommen wolle. Daraufhin erwiderte Herr Hitler, er denke nicht daran, auf so etwas Rücksicht zu nehmen, er habe dem Tod wohl hundertmal ins Auge gesehen und glaube an die Vorsehung. Er habe in Breslau und in Hamburg[125] es abgelehnt, sich gewissen Schutzmaßnahmen, die die Polizei für ihn treffen wollte, zu beugen.

Eine andere furchtbare Verschärfung würde es bedeuten, fuhr Hitler fort, wenn in Norddeutschland gegenrevolutionäre Akte größeren Umfangs ausbrechen würden.

Ich erklärte darauf: Herr Reichskanzler, noch eine Bitte. Bevor Sie sich endgültig entscheiden, bitte ich mir noch einmal eine Unterredung zu gewähren. Herr Hitler erklärte: Jawohl, ich werde Sie am Freitag vormittag rufen lassen.

Damit war auch diese Unterredung, die wie die anderen in den höflichsten Formen sich abspielte, beendet.

Feststellung.

Die Niederschrift über die drei Unterredungen ist am 18. und 19. März 1933 gefertigt. Ob jedes Wort der lang dauernden Unterredung richtig wiedergegeben ist, kann ich trotz meines ausgezeichneten Gedächtnisses, selbstverständlich nicht verbürgen. Dem Sinn nach sind die Gespräche und die in ihnen enthaltenen Wendungen wahrheitsgetreu wiedergegeben.

Nachdem Herr Hitler ausdrücklich erklärt hat, daß eine Bekanntgabe in der Allgemeinheit oder in der Presse ihm nicht genehm sei, fühle ich mich verpflichtet dies einzuhalten. Ich verbiete daher hier mit ausdrücklich jede Preisgabe dieser in vier Stücken angefertigten Niederschrift in der Öffentlichkeit.

München, den 19. März 1933

Landesführer der Bayernwacht.

---

[124] Der Mörder des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, Anton Graf Arco-Valley, wurde nach Mitteilung der Polizeidirektion München am 13. 3. 1933 in Schutzhaft genommen, weil er nach eigenen Angaben ein Attentat auf Hitler vorbereiten wollte. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1933, München 1934, S. 58. Vgl. auch Heinz Höhne, Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, Augsburg 1967, S. 79.

[125] Während des Reichstagswahlkampfes nahm Hitler an Veranstaltungen am 1. 2. 1933 in Breslau und zwei Tage darauf in Hamburg teil.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de